## BESCHLUSS (VORLÄUFIG)

## Kapitel 2: Einfach dabei sein – fair und bezahlbar



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 26.01.2025

Tagesordnungspunkt: WP-K2 Kapitel 2: Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

## Antragstext

- Die Kraft unseres Landes fußt darauf, dass alle Menschen sich selbstbewusst
- einbringen und entfalten können. Dass ihre Leistung, ihre Erfahrung und ihre
- 3 Kompetenzen etwas zählen und sich der Einsatz lohnt. Die Kraft unseres Landes
- beruht auf den Menschen, die jeden Tag anpacken, in Fabriken und Büros, in
- 5 Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Kindergärten und Universitäten.
- 6 Es geht darum, die aktuelle Verunsicherung in neue Sicherheit zu verwandeln.
- 7 Denn viele Menschen sind überlastet: Steigende Mieten und hohe
- 8 Lebenshaltungskosten sowie die steigenden Abgaben und hohen Steuern auf Löhne
- und Gehälter machen das Leben für viele kaum mehr bezahlbar. Zu wenig
- 10 Kitapersonal und -plätze, die aufwendige Suche nach einem Arzttermin oder
- langwierige Behördengänge machen das Leben anstrengend und kompliziert. Die
- 12 Digitalisierung und der Einsatz von KI hat Auswirkungen auf immer mehr Bereiche
- 13 des Alltags und des Arbeitslebens. Die Leute wollen gestalten, sich etwas
- aufbauen, für ihre Familie sorgen, soweit möglich aus eigener Kraft. Dafür haben
- 15 sie gute Rahmenbedingungen verdient. Alle müssen sich darauf verlassen können,
- dass der Staat die inklusiven Institutionen bereithält, die sie unterstützen.
- 17 Ein gutes Bildungssystem für alle Kinder und Heranwachsenden ist gleich in
- 18 mehrfacher Hinsicht der Zentralschlüssel für eine gute Zukunft unseres Landes
- und unseres demokratischen Gemeinwesens. Hier entwickeln sich individuelle
- 20 Freiheit, die Möglichkeit zu persönlicher Selbstbestimmung ebenso wie die zu
- gesellschaftlicher Teilhabe. Durch Bildung entscheiden sich die Lebenschancen
- 22 junger Menschen: Das fängt grundlegend mit der Kita an und reicht bis zu
- 23 Ausbildung oder Studium und darf dort nicht enden. Und das gilt ganz gleich,
- 24 ob man im späteren Leben im Handwerk, der Wissenschaft, im
- 25 Dienstleistungsgewerbe oder der Industrie arbeitet. Mit der Bildung entscheidet
- 26 sich zudem, ob wir unser Land fit bekommen für die Anforderungen der neuen Zeit.
- 27 Wir statten die jungen Menschen mit Fähigkeiten aus, die in der neuen, digitalen
- und klimaneutralen Arbeitswelt unverzichtbar sind. Wir nehmen lebenslanges
- Lernen ernst und stärken Bildungsformate für alle Lebensabschnitte.
- Es ist an der Zeit, dem endlich auch in der Bundespolitik Rechnung zu tragen -
- Hand in Hand mit Ländern und Kommunen in einem modernen Föderalismus. Wir
- 32 stärken unsere Bildungssysteme, auch damit sie in Zukunft Kindern mit
- 33 Migrationsgeschichte und aus sozioökonomisch benachteiligten Familien die
- gleichen Chancen auf Teilhabe und Aufstieg ermöglichen.
- 35 Darüber hinaus stärken wir auch den diskriminierungssensiblen Umgang mit allen

- Kindern von Anfang an und setzen uns für eine wertschätzende Haltung in der Bildungspolitik ein.
- 38 Gute Arbeit und faire Löhne sind die Grundlage dafür, sich etwas aufzubauen in
- materieller Sicherheit. Arbeit ist aber auch der Ort, an dem Menschen gemeinsam
- 40 etwas schaffen und sich als Teil der Gesellschaft erleben. Dabei muss es gerecht
- 21 zugehen: Arbeit muss sicher und gesund sein, mit der Möglichkeit zu Aufstieg und
- Weiterbildung und so entlohnt sein, dass ein gutes Leben möglich ist. Ein
- 43 gerechter Arbeitsmarkt schafft Wertschätzung, gesellschaftlichen Zusammenhalt
- 44 und ermöglicht Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf. Das ist unser
- 45 **Ziel.**
- 46 Die Frage des Wohnens ist entscheidend für die Umstände unseres Lebens. Die Wahl
- 47 eines Arbeitsplatzes, die Möglichkeit einer Familiengründung und die Gestaltung
- des sozialen Umfelds hängen maßgeblich vom Wohnen ab. Es bezahlbar zu machen,
- ist also eine entscheidende soziale Herausforderung. Wir nehmen sie an,
- 50 begrenzen effektiv Mieten, erleichtern das Bauen und den Zugang zu Eigentum.
- 51 Wir wollen für alle Menschen eine angemessene und unkomplizierte soziale
- Absicherung, die die elementaren Dinge eines Lebens in Würde abdeckt und an der
- alle Bevölkerungsgruppen fair mitwirken. Das gilt für ein gutes und
- 54 solidarisches Gesundheitssystem, das für alle da ist. Das gilt für ein
- 55 Pflegesystem, das verlässlich und bezahlbar ist und allen Menschen ein Alter in
- Würde ermöglicht. Das gilt ganz besonders für Kinder und Jugendliche, deren
- Zukunft nicht von der Lotterie ihrer sozialen Umstände abhängen darf. Es gilt
- für Menschen, die unverschuldet ihre Arbeit verlieren. Und es gilt für eine
- 59 soziale Sicherung im Alter, die Geleistetes würdigt und die Angst vor der Armut
- 60 nimmt.

# A. Starke Teilhabe: gute Arbeit, bezahlbaresWohnen, faire Löhne

## Für gute Arbeit und faire Löhne

- 64 Gute Arbeit und faire Löhne sind entscheidend dafür, dass Menschen für sich und
- ihre Familien sorgen können, dass sie sich einbringen können und stolz auf den
- 66 gemeinsam erreichten Wohlstand sein können. Wir wollen, dass alle Zugang zu
- guter Arbeit haben: durch eine gute Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, durch
- bessere Integration in einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie durch Erleichterung
- 69 der Arbeitsaufnahme bzw. die Abschaffung von Arbeitsverboten. Der
- 70 Rechtskreiswechsel für Ukrainer\*innen hat die Arbeitsmarktintegration
- 71 erleichtert, indem er ihnen den Zugang zu Instrumenten der
- 72 Arbeitsmarkintegration gegeben hat. Wir wollen, dass die Jobcenter Geflüchteten
- 73 frühzeitiger Unetrstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt geben.
- 74 Faire Löhne verlangen nach einem fairen Mindestlohn, damit Leistung auch
- 75 anerkannt wird. Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es
- jetzt einen schrittweise steigenden Mindestlohn von zunächst 15 Euro in 2025 und
- 77 das auch für unter 18-Jährige. Hierfür verankern wir den Referenzwert von 60%

```
des Medianlohns aus der EU Mindestlohnrichtlinie in das deutsche
   Mindestlohngesetz. Und es braucht eine stärkere Tarifbindung. Denn wer nach
   Tarif arbeitet, verdient im Schnitt mehr und das unter besseren
   Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir die Allgemeinverbindlichkeitserklärung
   von Tarifverträgen erleichtern. Durch ein Tariftreuegesetz werden wir größere
   öffentliche Aufträge des Bundes an Unternehmen vergeben, die nach Tarif
   bezahlen, was deutlich mehr als 90 Prozent des gesamten Auftragsvolumens des
   Bundes umfasst. Wir wollen prüfen, wie wir bürokratiearm soziale Kriterien bei
   großvolumiger Fördermittelvergabe verankern können. Durch eine Angleichung der
   Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost und West wollen wir die Lohn- und
   Gehaltsunterschiede langfristig überwinden.
   Die betriebliche Mitbestimmung ist gelebte Demokratie. Sie macht die
   Beschäftigten zu aktiven Akteuren bei der Gestaltung ihrer Arbeitswelt. Wenn die
   Beschäftigten ihre Arbeitsbedingungen mitgestalten können, dann entsteht auch in
   Zeiten von Veränderungsprozessen Vertrauen und Akzeptanz. Daher wollen wir die
   betriebliche Mitbestimmung - also Betriebsräte, Personalräte, Schwerbehinderten-
   , Jugend- und Ausbildungsvertretungen - stärken, indem wir die
   Mitbestimmungsrechte in Sachen Klima- und Umweltschutz,
   Qualifizierungsmaßnahmen, Personalentwicklung sowie Gleichstellung im Betrieb
   erweitern. Wir unterstützen die Gründung von neuen Betriebsräten und ermöglichen
   Online-Betriebsratswahlen. Betriebsräte sollen selbst entscheiden können, ob sie
   analog oder digital arbeiten. Wir schaffen ein digitales Zugangsrecht der
100 Gewerkschaften im Betrieb und stufen die Behinderung der demokratischen
   Mitbestimmung künftig als Offizialdelikt ein. Zudem werden wir Regelungen zum
   Beschäftigtendatenschutz schaffen, um Rechtsklarheit für Arbeitgeber sowie
103 Beschäftigte zu erreichen und die Persönlichkeitsrechte effektiv zu schützen.
   Die Unternehmensmitbestimmung wollen wir stärken. Sie darf weder ignoriert noch
   umgangen werden, auch nicht grenzüberschreitend.
   Gegen Scheinselbstständigkeit, etwa bei Plattformunternehmen, den Missbrauch von
   Werkverträgen und Schwarzarbeit wollen wir entschieden vorgehen. Die
109 Rechtsberatung für entsandte Beschäftigte wollen wir absichern. Zusätzlich
wollen wir die Gewerkschaften mit einem Verbandsklagerecht stärken.
   Sachgrundlose Befristungen lehnen wir ab. Die Arbeitszeiterfassung muss für alle
112 Beschäftigten unbürokratisch und digital möglich sein und im Arbeitszeitgesetz
113 geregelt werden. In Branchen, die von Schwarzarbeit betroffen sind, muss dies
114 manipulationssicher erfolgen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit lehnen wir ab.
115 Den Schutz vor Mobbing werden wir verbessern. Den Arbeits- und Gesundheitsschutz
116 in der sich wandelnden Arbeitswelt bauen wir aus und passen ihn neuen
   Herausforderungen an - insbesondere mit Blick auf die psychische Gesundheit.
118 Wir treten dafür ein, dass das kirchliche Arbeitsrecht reformiert und die
119 gewerkschaftliche Mitbestimmung gefördert wird sowie die Ausnahmeklauseln für
120 die Kirchen im Betriebsverfassungsgesetz und im Allgemeinen
121 Gleichbehandlungsgesetz aufgehoben werden. Der religiöse Verkündigungsbereich
122 bleibt hiervon unberührt.
```

123 Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Dieser Slogan wird 124 Wirklichkeit, wenn Frauen ihr Recht auf gleiche Bezahlung auch in der Praxis 125 durchsetzen können. Die Realität sind aber Gender Pay Gap, Gender Care Gap und 126 Gender Pension Gap. Deshalb werden wir die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig und vollständig umsetzen. Wir wollen mehr Transparenz über Lohngefälle 128 herstellen, die Regeln verbindlicher und besser einklagbar machen und dadurch 129 Gleichstellung wirksam voranbringen. Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen 130 verbessern wir durch gleiche Löhne und mehr Zeitsouveränität. Sie sollen mehr 131 Einfluss nehmen können auf Lage und Dauer ihrer Arbeitszeit, um eine bessere 132 Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie und eine gerechte Aufteilung von 133 Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern zu ermöglichen. Dazu gehört auch die 134 Möglichkeit im Homeoffice und mobil zu arbeiten mit klaren Regeln und fairen 135 Absprachen. Die Brückenteilzeit und das damit verbundene Rückkehrrecht in 136 Vollzeit wollen wir weiten und individueller gestalten. Eine gute Kinderbetreuung und ein verlässliches Pflegesystem ist dabei wesentliche 138 Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit aller Erziehenden und Pflegenden. 139 Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung 140 überführen, mit Ausnahmen für Rentner\*innen, Schüler\*innen und Studierende. Denn

überführen, mit Ausnahmen für Rentner\*innen, Schüler\*innen und Studierende. Den sie führen vor allem für Frauen und in Kombination mit dem Ehegattensplitting zu einer Teilzeitfalle, weil sie den Anreiz setzen, weniger und ohne soziale Absicherung zu arbeiten. Dies verschärft auch den Arbeitskräftemangel und die Altersarmut. Um mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Gehälter am unteren Ende zu erhöhen, wollen wir Gehaltsangebote in Stellenausschreibungen grundsätzlich transparent machen.

#### 47 Für bezahlbares Wohnen

Bezahlbares Wohnen ist zu einer der entscheidenden sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft stehen vor Fragen wie: Kann ich an meinem Wohnort eine Familie gründen? Kann ich mir dort eine Wohnung leisten, wo ich ein Jobangebot habe? Wie kann ich im Alter wohnen? Wie kann ich eine behindertengerechte Wohnung finden? Wir wollen, dass Menschen in Deutschland bezahlbaren Wohnraum finden und sich keine Ängste und Sorgen um den Verbleib in ihrer Wohnung machen müssen. Es braucht mehr Wohnungen, kluge und sozialverträgliche Modernisierung und den Schutz vor zu hohen Mietsteigerungen im Bestand. Zudem wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer beenden, damit diese nicht mehr auf Mieter\*innen umgewälzt werden kann.

Etwa die Hälfte der Menschen in unserem Land lebt zur Miete und muss dafür immer mehr Geld ausgeben. Wir werden die Mietpreisbremse verlängern und sie durch die Abschaffung von Ausnahmen verschärfen. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem bereits auf Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind. Und wir werden Schlupflöcher schließen, etwa wenn Wohnungen nicht zu fairen Preisen, sondern überteuert als möblierte Wohnung oder Ferienwohnung angeboten werden. Mietspiegel sollen durch die Verlängerung des Betrachtungszeitraums besser qualifiziert werden. Kommunen sollen angespannte Wohnungsmärkte eigenständig nachweisen können. Wir werden in angespannten Wohnungsmärkten einen Mietenstopp

```
167 ermöglichen. Mietwucher muss durch die Stärkung des § 5
168 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft werden, um den Nachweis für Mietende zu
169 erleichtern und somit Verstöße gegen die Mietpreisbremse stärker zu ahnden.
170 Indexmieten sollen durch Obergrenzen reguliert werden und Sanierungen müssen
171 warmmietenneutral umgelegt werden. Die Vermietung möblierter Wohnungen muss
   streng reguliert und die Zweckentfremdung von Wohnraum geahndet werden. Zudem
173 werden wir Mieterhöhungen durch eine Senkung der Kappungsgrenzen begegnen. Auch
   Gewerbemieter*innen brauchen einen Mieter*innenschutz.
   Obdachlosigkeit sollte in einem reichen Land wie Deutschland nicht vorkommen -
176 ein eigenes Zuhause ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde und
177 für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir den Nationalen Aktionsplan
   zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit
179 weiterentwickeln. Ziel bleibt es, Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu
180 überwinden. Zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit sind niedrigschwellige
   präventive Hilfen und zielgruppengerechte Angebote, etwa für Frauen und
182 Familien, unerlässlich. Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben. Der
183 Housing-First-Ansatz ist ein zentraler Baustein, bei dem obdachlose Personen in
184 eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für Hilfe "qualifizieren" zu
185 müssen. Auch andere Instrumente wie soziale Wohnraumagenturen werden wir nutzen.
186 Unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und ihrem Aufenthaltsstatus müssen
   Menschen einen gleichberechtigten Zugang zum Hilfesystem erhalten.
188 Mieter*innen wollen wir besser schützen. Wir wollen einen deutlich stärkeren
189 Schutz bei Eigenbedarfskündigungen und bei Kündigungen wegen Mietschulden, sowie
190 eine Entfristung der Umwandlungsbremse. Wir wollen Mieter*innen besser über ihre
191 Rechte aufklären und gleichzeitig die Kommunen befähigen, die Mieter*innen bei
192 der Rechtsdurchsetzung zu unterstützen. Viele Menschen haben das Interesse, ihre
193 Wohnung zu tauschen, weil sich ihre Lebensumstände geändert haben. So könnte
194 Wohnraum besser genutzt werden. Wir wollen Menschen bei diesen Plänen
195 unterstützen, indem wir den Wohnungstausch rechtlich erleichtern und
196 Förderinstrumente für die Unterstützung von Mieter*innen anpassen und
197 flexibilisieren.
198 Wohneigentum - sei es ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung - bietet
199 Sicherheit, Freiheit und eine nachhaltige Altersvorsorge. Deshalb wollen wir die
200 Chance auf Wohneigentum leichter zur Realität werden lassen. Wir wollen den Kauf
   und den Neubau des ersten, selbst genutzten Wohneigentums sowie den Umbau leer
   stehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum stärker und sozial
   gerecht fördern. Damit unterstützen wir vor allem junge Familien durch
   zinsgünstige staatliche Kredite. Insbesondere soll dabei die energetische
205 Sanierung leer stehender Wohnungen, die Teilung von untergenutzten
206 Einfamilienhäusern sowie Ausbauten für die Bereitstellung zusätzlichen Wohraums
   gefördert werden. Wir entlasten bei den Nebenkosten, wie den Makler- und
208 Notargebühren. Eine Wohnungsbauprämie, deren Höhe mit der Inflation steigt und
209 die an den Klimaschutzzielen ausgerichtet ist, erleichtert auch Menschen mit
210 geringem und mittlerem Einkommen den Zugang zu Wohneigentum. Wenn Mieter*innen
```

211 gemeinschaftlich ihr Wohnhaus übernehmen wollen, beispielsweise durch eine

212 Genossenschaft, wollen wir das unbürokratisch durch günstige Kredite oder 213 Bürgschaften unterstützen.

214

Wir wollen Spekulationen mit dem Zuhause von Mieter\*innen verhindern. Wir akzeptieren nicht, dass Wohnkonzerne und Immobiliengesellschaften Rendite ausschütten, während Wohnungen verfallen, in denen Menschen leben. Diesen Geschäftsmodellen wollen wir einen Riegel vorschieben. Darum wollen wir diese Akteur\*innen darauf verpflichten, ihrer Verantwortung nachzukommen und die Ausschüttung von Renditen begrenzen, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht werden.

#### 22 Für schnelles, günstiges und klimaverträgliches Bauen und 23 Sanieren

Wir wollen gute Rahmenbedingungen für klimaverträgliches, schnelles und möglichst preiswertes Bauen und Umbauen schaffen.

226

243 Ansätze wollen wir stärken.

Dafür braucht es eine realistische Strategie für mehr Wohnraum. Der beste Weg liegt darin, vorhandenes Potenzial zu nutzen: bestehende Gebäude aufstocken, ungenutzte Büro- und Gewerbeflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen, zweckentfremdete und leer stehende Gebäude wieder aktivieren. Mehrere Millionen Wohnungen könnten auf diesem Weg bereitgestellt werden. Hier muss nicht aufwendig neue Infrastruktur gelegt werden, was das Bauen einfacher und günstiger macht. Um günstige Umbauten zu ermöglichen, wollen wir bau- und steuerrechtliche Hürden und den Bürokratieaufwand senken. Der Umbau bestehender Gebäude muss attraktiver werden als Bestehendes abzureißen und neu zu bauen. Dazu werden wir das Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und bundesweit angleichen – davon profitieren alle Formen des Bauens. Übertriebene Anforderungen an bauliche Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß zurückführen. Wo möglich, wollen wir es erleichtern, dass die energetische Sanierung von Wohngebäuden mit Aufstockung oder Erweiterung verbunden wird. Auch seriell errichtete Wohngebäude leisten bei nachhaltigen Bauweisen einen

Wohnraum und Bauflächen dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Wir setzen uns für eine Bodenpolitik ein, die sich auch am Gemeinwohl orientiert, und passen das Baurecht entsprechend an. Wir richten einen Bundesbodenfonds ein und unterstützen den Aufbau von kommunalen Bodenfonds. Bei Bodenwertsteigerungen durch Planungsrechtänderungen beteiligen wir die öffentliche Hand stärker.

242 wirkungsvollen Beitrag, um Wohnraum schnell und preiswert zu schaffen. Diese

Steuerschlupflöcher bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals, sind zu schließen. Gleichzeitig stärken wir das Vorkaufsrecht von Kommunen im Ertragswertverfahren und den Milieuschutz. Den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel für sozialen Wohnungsbau erhöht werden. Gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen. Mit Investitions- und Baukostenzuschüssen für den sozialen Wohnungsbau und die Neue Wohngemeinnützigkeit sorgen wir dafür, dass die Belegungs- und

257 Mietpreisbindungen nicht mehr befristet sind. Die Neue Wohngemeinnützigkeit wollen wir so zu einem schlagkräftigen Instrument des sozialen Wohnungsmarktes ausbauen. Wir wollen den Trend zu einem steigenden Anteil von barrierefreien 260 Neubaumietwohnungen im sozialen Wohnungsbau deutlich beschleunigen und unterstützen die Betroffenen stärker bei Umbaumaßnahmen, damit sie in ihren Wohnungen selbstbestimmt leben können. Wir stellen die soziale Gerechtigkeit beim Bauen und Sanieren in den Mittelpunkt und fokussieren die Förderung stärker auf geringe und mittlere Einkommen. 266 Vorschüsse sollen ihnen Sanierungen ermöglichen. Die Effizienz steht zukünftig stärker im Mittelpunkt einer finanziellen Förderung. Je kleiner das Einkommen und je mehr Energie eingespart wird, desto höher die Förderung. Kleine 269 Sanierungsmaßnahmen wie die isolierte Kellerdecke, die gedämmte oberste 270 Geschossdecke und die Optimierung der bestehenden Heizung erzeugen eine große Wirkung bei geringem Mitteleinsatz. Klimaverträgliches Sanieren nützt nicht nur dem Klima, es reduziert auch zukünftige Wohnkosten. Damit diese positiven Effekte auch bei Mieter\*innen ankommen, wollen wir klare Anreize dafür setzen, dass Vermieter\*innen verfügbare öffentliche Fördermittel zur Sanierung auch tatsächlich nutzen. Auch ist es dringend notwendig, die jährliche Sanierungsrate deutlich zu erhöhen. Da die Investitionen der Vermieter\*innen nur zeitlich befristet umgelegt werden dürfen, entlasten wir die Mieter\*innen. Für klimaverträgliches Bauen und Sanieren gibt es viele Wege: Manchmal sind es neue Technologien, manchmal der Rückgriff auf bewährte Bautraditionen, die den Schlüssel dazu liefern. Über CO2-Bilanzierungen ermitteln wir die beste Umsetzung. Die Kreislaufwirtschaft beim 282 Bau ist ebenfalls entscheidend, damit Bauschutt vermieden, Rohstoffe geschont 283 und Material wiederverwendet werden kann. Wir führen einen digitalen Gebäudepass 284 für öffentliche Gebäude ein, um die Wiederverwendung von Baustoffen zu fördern. 285 Wir reduzieren Vorschriften, die der Kreislaufwirtschaft im Gebäudesektor im Weg 286 stehen. Um die Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu erleichtern, wollen wir sanierte Gebäude einfacher als taxonomiekonform anerkennen. 288 Komfortables, preiswertes und klimaverträgliches Bauen bedarf technischer und rechtlicher Innovationen. Wir stehen für eine moderne, nachhaltige Baukultur in der alle Formen des Zusammenlebens berücksichtigt werden. Dieses neue Zusammenspiel sollten wir als Gesellschaft mithilfe des Instruments des Reallabors unkompliziert ausprobieren und daraus lernen.

Wir wollen lebendige und zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren mit attraktiven und nutzungsdurchmischten Quartieren schaffen. Wir bauen dabei auf eine ganzheitliche, quartiersbezogene Stadt- und Dorfentwicklung, die klimaneutrale Mobilität, mehr Grün und mehr Wasserflächen sowie Beteiligung ermöglicht. Hierfür wollen wir die Mittel für die Städtebauförderung aufstocken und die Anwendung der Innenentwicklungsmaßnahmen vereinfachen.

300 Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wächst immer mehr auf Kosten von 301 landwirtschaftlichen Flächen und Wald. Mit Raumordnung, Stadt- und 302 Regionalplanung allein ließ sich der Flächenverbrauch nicht wirksam reduzieren. Deshalb setzen wir auf neue Instrumente, wie den Flächenzertifikatehandel oder ein Baulandabgabemodell. So setzen wir Anreize, den Flächenverbrauch bis 2030 auf 30 Hektar pro Tag und langfristig auf Nettonull zu senken.

#### 306 Für ein gerechtes Steuersystem

336 Gewerbesteuerrecht streichen wir.

Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Vielen Menschen geht es gut. Aber es gibt auch diejenigen, die sich außer Miete und Lebensmitteln kaum etwas leisten können. Diese Menschen haben besonders unter der Inflation der vergangenen Jahre gelitten. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahrzehnten so weit aufgegangen, dass das reichste Prozent der Deutschen mittlerweile mehr Vermögen besitzt als 90 Prozent der Gesellschaft zusammen. Damit zählen wir zu den Ländern mit der ungleichsten Vermögensverteilung in Europa. Ein erheblicher Teil der großen Vermögen in Deutschland stammt nicht aus eigener Arbeit, sondern aus Erbschaften.

Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Wir haben gute Konzepte, die die Vermögensungleichheit effektiv reduzieren. Zu möglichen Ansätzen gehören: Eine globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer, eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher und eine nationale Vermögenssteuer auf sehr hohe Vermögen. Wir wollen die Ziele Gerechtigkeit, Gemeinwohlfinanzierung und den Erhalt von Betrieben, ihren Investitionsmöglichkeiten und ihren Arbeitsplätzen zusammenbringen.

Das ist alles andere als einfach, aber wir möchten endlich etwas erreichen.

Deswegen fokussieren wir uns auf folgende Maßnahmen: eine Reform der

Erbschaftssteuer hin zu einem Modell mit personenbezogenem Lebensfreibetrag,

weitgehender Streichung bestehender Ausnahmen für außerordentlich große

Erbschaften (sebstbewohntes Eigentum bleibt befreit) und großzügigen

Stundensregelungen, den aktiven Einsatz für die Einführung der globalen

Milliardärssteuer sowie das Schließen weiterer offenkundiger

Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem bei der Immobilienbesteuerung

wie Share Deals und beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und

Kapitaleinkünften. Gewerbesteuerdumping von Kommunen werden wir durch wirksame

Maßnahmen entgegentreten, unter Berücksichtigung des Hebesatzrechts der

Kommunen. Die erweiterte Kürzung für Grundstücksunternehmen im

Um die Erwerbstätigen bürokratisch und finanziell zu entlasten, werden wir die Arbeitnehmerpauschbeträge in der Einkommensteuererklärung anheben. Wir wollen eine Anhebung auf mindestens 1.500 Euro. Dies wird dazu führen, dass mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer\*innen keine Belege für ihre Steuererklärung mehr sammeln muss. Wer höhere Auslagen hat, kann sie bei der Steuererklärung wie gewohnt angeben. Wir prüfen weitere Pauschalen,um die Steuererklärung für Bürger\*innen und kleine Unternehmen wesentlich zu vereinfachen. Ziel ist das Angebot, die Steuererklärung über die Deutschland-App abzugeben. Zudem befreien wir Millionen Rentnerinnen und Rentner von der Steuererklärungspflicht, indem

346 wir deren anfallende Einkommensteuer automatisch durch die Versorgungsträger
347 einbehalten lassen.

Um insbesondere niedrige Einkommen, Alleinerziehende und auch Menschen, die mit Bürgergeld aufstocken müssen, zielgenau und unbürokratisch zu entlasten, führen wir Steuergutschriften ein. So ersparen wir den Menschen und unseren Behörden immer mehr und kompliziertere Antragsverfahren und erreichen, dass jede Stunde mehr an Erwerbsarbeit immer auch zu spürbar mehr verfügbarem Einkommen bei den Menschen führt. Den Grundfreibetrag erhöhen wir. Unser Ziel ist es auch in Zukunft niedrige Einkommen zu entlasten. Den Solidaritätszuschlag werden wir in den Einkommensteuertarif integrieren.

356

Zu einer gerechten Besteuerung gehört ebenso, dass ein Onlineversandhaus seinen
 Gewinn gleichermaßen besteuern muss wie ein Handwerksbetrieb. Als weiteres
 Standbein setzen wir deshalb auf Einnahmen durch die lokale Besteuerung der
 Gewinne multinationaler Konzerne. Wir untersützen es, dass die UN hierfür eine
 gerechte Grundlage ausarbeitet.

362

Das Mehrwertsteuersystem ist ein Flickenteppich ungerechtfertigter Sonderregeln und Ausnahmen. Leider waren die Bemühungen vergangener Regierungen für eine übefällige Reform nicht erfolgreich. Auch wenn wir wissen, dass eine ganzheitliche Mehrwertsteuerreform ein sehr komplexes und mit vielen Fallstricken verbundenes Unterfangen ist, wollen wir einen erneuten Versuch starten: Über eine aufkommensneutrale Reform werden wir die Mehrwertsteuer vereinfachen, entbürokratisieren und Fehlanreize abbauen. Hierfür werden wir aus der Zeit gefallene Ausnahmen und Sonderregeln streichen.

Zur gerechteren Verteilung von Vermögen und für faire Aufstiegschancen
unterstützen wir Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen beim
Vermögensaufbau. Wir wollen an unsere Erfolge in der letzten Regierung wie die
Erweiterung der Förderung von "vermögenswirksamen Leistungen" anknüpfen, indem
wir zum Beispiel den Zuschuss zum Fondssparen bei den Vermögenswirksamen
Leistungen und den Sparerpauschbetrag spürbar anheben.

## 377 B. Eine gute Bildung für gute Chancen

## 378 Für gute und verlässliche Kitas

Gute Kitas und Kindertagespflege sind der entscheidende Grundstein für die Zukunft unserer Kinder. Eine gute frühkindliche Bildung sowie ganztägige und verlässliche Betreuungsinfrastruktur bietet Kindern faire Chancen von Anfang an und ermöglicht Eltern, Familie, Beruf und andere Verpflichtungen besser zu vereinbaren. Ein Gewinn für unsere Gesellschaft insgesamt.

Leider wird unser Land diesem Anspruch bei Weitem nicht gerecht. Kitaplätze fehlen in weiten Teilen des Landes. Dort, wo Eltern einen Platz für ihren Nachwuchs bekommen, wird der Betrieb oftmals wegen Personalknappheit eingeschränkt oder ganz eingestellt. Die Verlässlichkeit der Kitas ist nicht überall und jederzeit gewährleistet. Es fehlen schon jetzt Erzieher\*innen und Fachkräfte in anderen sozialen Bereichen. Wir wissen, dass bereits viele an oder über der Belastungsgrenze arbeiten. Diese Arbeitsbedigungen wollen wir verbessern. Deshalb investieren wir in gute Kitas, Kindertagespflegestellen und weitere soziale Betreuungsstätten sowie die Gewinnung von Erzieher\*innen und unterstützenden Fachkräften. Wir setzen ein Maßnahmenpaket zur Fachkräftesicherung um. Darin machen wir uns für schulgeldfreie, vergütete Ausbildungen, einen attraktiven Arbeitsplatz, berufsbegleitende Anerkennungsverfahren, schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und flexiblere Weiterbildungen und Umschulungen stark. Denn nur wenn ausreichend gut qualifizierte Fachkräfte ausreichend Zeit für ihre Arbeit haben, können unsere Kitas, Kindertagespflegestellen und sozialen Einrichtungen dauerhaft Bildung, Erziehung und Betreuung auf hohem pädagogischen Niveau ermöglichen.

Mit dem Kita-Qualitätsgesetz investiert der Bund derzeit jährlich rund 2
Milliarden Euro in gute frühkindliche Bildung. Diesen Weg setzen wir fort, indem
wir bundesweite Qualitätsstandards im Kitabereich und in der Kindertagespflege
gesetzlich festschreiben und im Bund die Investitionen in frühkindliche Bildung
erhöhen und verstetigen. Für uns bedeutet Qualität, Kitas als Bildungsräume zu
stärken, in denen Kinder Sprachen und MINT-Kompetenzen entdecken. Wir
unterstützen Initiativen, die diese Art der frühkindlichen Bildung fördern. Ein
besonderes Augenmerk legen wir auch auf Kitas mit einem hohen Anteil
sozioökonomisch benachteiligter Kinder. Dort wollen wir besonders unterstützen.
Damit eine gute Kindertagesbetreuung für alle offen ist, werden wir daran
arbeiten, dass die Inanspruchnahme nicht von hohen Beiträgen abhängt.Wir fordern
einkommensabhängige Kita-Gebühren als Standard.

Das Mitbestimmungsrecht von Kindern wollen wir weiter stärken und Konzepte zur Demokratieförderung flächendeckend umsetzen. Wir führen steuerliche Anreize für Unternehmen ein, die selbst oder in Kooperation Kitaplätze schaffen, sodass Kinder von Beschäftigten in unmittelbarer Nähe zur Arbeitsstelle betreut werden können.

#### 418 Für starke Schulen für alle Kinder

Schulen sind für Kinder und Jugendliche neben der Familie der Mittelpunkt ihres
Lebens. Hier entwickelt sich die Persönlichkeit, hier wird gelebt, gelernt und
gelacht. Daher ist es so wichtig, dass jede bzw. jeder sich dort zugehörig fühlt
und angenommen wird. Schulen befähigen Kinder und Jugendliche auch dazu, ihre
selbstbestimmte und nachhaltige Zukunft zu gestalten. Daher hat jeder junge
Mensch die beste Bildung verdient – ganz unabhängig von Wohnort, Herkunft oder
sonderpädagogischem Förderbedarf.

Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland, daher braucht es mehr als provisorische und temporäre Lösungen für den Umgang mit Geflüchteten und anderen, die kurzfristig zu uns kommen. Wir wollen, dass Integration in und durch Bildung nicht nur auf dem Papier, sondern vor allem auch in der Realität eine Regelaufgabe unseres Bildungssystems wird, von der Kita über die Schule, in Hochschule und beruflicher Bildung. Sie sollen Orte sein, in denen Vielfalt und

```
432 diskriminierungssensibles Lernen gefördert wird und an denen Menschen ihre
433 Talente und Kreativität entdecken und entfalten können. Wenn junge Menschen
434 wieder stärker den Eindruck haben, dass sich ihre Anstrengungen lohnen, weil sie
435 etwas erreichen und sich etwas aufbauen können, können wir viele Potenziale neu
   entfesseln. Um die Chancen für alle Kinder von Anfang an gleich zu gestalten,
   setzen wir uns für diskriminierungssensible Fortbildungen in der
   Kindertagespflege und Lehrer*innen-Ausbildung ein.
   Den Startschuss für einen Bildungsaufbruch an Schulen haben wir in der
441 Bundesregierung gegeben: Als größtes Bund-Länder-Schulprogramm der Geschichte
442 unseres Landes haben wir mit dem Startchancen-Programm in Höhe von 20 Milliarden
443 Euro gemeinsam für einen kraftvollen Schub für mehr Bildungsgerechtigkeit
444 gesorgt.
445 Aber unser Land braucht deutlich mehr: Eine gemeinsame Bildungsoffensive, um
446 noch mehr Schulen, Kinder, Jugendliche und Heranwachsende zu erreichen. Mit
447 einem "Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung" wollen wir Hand in Hand mit Ländern
448 und Kommunen bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen.
449 Dadurch sorgen wir für moderne und barrierefreie Schulgebäude mit digital
450 ausgestatteten Klassenzimmern, attraktiven Bewegungsräumen, dichten Dächern und
451 funktionierenden Toiletten. Wir schaffen mehr Stellen für Schulsozialarbeit,
452 Schulpsychologie und Inklusion in multiprofessionellen Teams. Wir stärken die
453 Kompetenzen und Leistungen der Kinder und legen dabei einen Schwerpunkt auf den
454 Erwerb von Basiskompetenzen, die für einen erfolgreichen Bildungsweg
455 unverzichtbar sind. Wir fördern die politische Bildung, Demokratiebildung,
456 Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Außerdem setzen wir auf
457 den Aufbau von digitalen Fähigkeiten, Medienkompetenz und dem verantwortlichen
458 Einsatz von KI. Wir streben eine höhere gesellschaftliche Anerkennung des
459 Lehrberufs an, um insbesondere den Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfälle zu
460 bekämpfen.
461 Die Digitalisierung unserer Schulen begreifen wir als Daueraufgabe von Bund,
462 Ländern und Kommunen, in die wir weiter investieren werden. Genau wie in den
463 Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote. Wir bauen die
464 Angebote der Mental Health Coaches an Schulen aus und wir setzen uns dafür ein,
465 dass Inklusion aller Schülerinnen und Schüler gemäß der UN-
466 Behindertenrechtskonvention an allen Schulen zur gelebten Realität wird. Dabei
467 ist gutes Schulmittagessen entscheidend für Ganztagsangebote und fördert die
468 Ernährungs- und Gesundheitskompetenz von Klein auf.
469 Diese Unterstützung soll dort ankommen, wo sie besonders gebraucht wird. Statt
470 nur nach dem Königsteiner Schlüssel nach Einwohnerzahl und Finanzkraft zu
471 finanzieren, wollen wir die Finanzierung stärker an den tatsächlichen Bedarfen
472 ausrichten. Wir brauchen eine engere Kooperation zwischen Bund,, Ländern und
473 Kommunen in der Bildungspolitik. Wir fördern dabei die Zusammenarbeit zwischen
474 Schulen, Schulaufsicht, Schulträger und Jugendhilfe, zum Beispiel in regionalen
475 Bildungsnetzwerken. Wo verfassungsrechtliche Beschränkungen zuverlässige und
```

476 notwendige Investitionen in Bildung aktuell verhindern, werden wir mit den

- Ländern gemeinsame Ziele und tragfähige Lösungen vereinbaren, um die großen
  Herausforderungen im Bildungssystem erfolgreich gemeinsam zu bewältigen und auch
  über neue Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz sprechen. Das Kooperationsverbot
  wollen wir abschaffen.
- Zudem wollen wir die Länder bei der Fachkräftegewinnung unterstützen etwa durch duale Studiengänge, Ein-Fach-Lehrkräfte und Wege für Quer- und Seiteneinsteiger\*innen. Gemeinsam fördern wir gesunde Arbeitsbedingungen, inklusive Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte.
- Außerdem verlassen über 50.000 Schüler\*innen jährlich die Schule ohne Abschluss
  ein Risiko für Armut und geringe Teilhabe. Mit einer nationalen Strategie
  wollen wir Schulabbrüche durch präventive und begleitende Maßnahmen verhindern.
- Einen besonderen Schwerpunkt werden wir außerdem auf die Sprachbildung legen.
  Denn Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Wir wollen erreichen, dass alle Kinder
  am Ende der Grundschule sicher lesen, schreiben und rechnen können, denn nur wer
  die deutsche Sprache versteht und beherrscht, kann am Unterricht und der
  Gemeinschaft teilhaben, sich entfalten und erfolgreich lernen.Die
  Sprachförderung muss als durchgängiger Prozess angelegt werden, der in der Kita
  beginnt und sich in der Schule sowie beruflichen Ausbildung fortsetzt. Dabei
  verdient die Mehrsprachigkeit vieler Schüler\*innen Respekt und die Stärkung
  durch unsere Bildungseinrichtungen. Jedes Kind in Deutschland, unabhängig der
  Sprachkenntnisse, soll Zugang zum regulären Bildungssystem erhalten.

## 🟿 Für eine gute Berufsbildung, die allen offensteht

- Unser Land braucht weitere, energische Schritte für mehr Fachkräfte in Industrie und Handwerk ebenso wie in Kitas, Schulen und im Gesundheitssektor. Nur so können wir den notwendigen Umbau der Wirtschaft und den demografischen Wandel bewältigen. Oft bleiben Ausbildungsplätze aber unbesetzt, offene Stellen können nicht nachbesetzt werden. Dabei stehen 2,9 Millionen junge Menschen in Deutschland heute ohne Berufsabschluss da.
- Eine gute Ausbildung ist ein attraktives Versprechen für die berufliche Zukunft
  junger Menschen. Auf dem Weg dahin schaffen wir gute finanzielle, soziale und
  rechtliche Rahmenbedingungen für Auszubildende. Wir werden die
  Mindestausbildungsvergütung deutlich anheben, um die Attraktivität der
  Ausbildung zu erhöhen und ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Wir wollen
  für Menschen in Ausbildung auch den Führerscheinerwerb fördern, eine Lösung für
  ein Azubi-Deutschlandticket finden und den ÖPNV für Auszubildende attraktiver
  machen. Wir fördern Auszubildendenwerke nach dem Vorbild der Studierendenwerke.
  Im Fokus stehen Auszubildenenwohnheime, Betreuung ausländischer Auszubildender,
  psychologische, soziale und rechtliche Beratung sowie kulturelle Angebote.
  Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage sorgen wir dabei für einen
  finanziellen Ausgleich, um die Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer
  Betriebe zu fördern. Zur Unterstützung des Handwerks erhöhen wir die Förderung

518 der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung weiter. Außerdem stärken wir 519 Ausbildungsverbünde, um die Anzahl passender Stellen für Auszubildende und

520 Betriebe zu erhöhen. Wir werden die Ausbildungsgarantie inklusiv

521 weiterentwickeln und das Instrument der Assistierten Ausbildung verbessern, um wirklich allen jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen. 523 Wir verbessern die Berufsorientierung für junge Menschen und informieren dort, 524 wo junge Menschen sind, insbesondere an Schulen. Dies erfordert den Abbau von 525 Fehlanreizen bei der Bundesagentur für Arbeit sowie die aktive Einbeziehung von 526 Ausbildungsbetrieben, Ausbildungsstätten und Hochschulen, Eltern sowie Vorbildern aus der beruflichen Bildung. Durch eine flächendeckende Einrichtung 528 und Stärkung von Jugendberufsagenturen bieten wir eine zentrale Anlaufstelle für 529 Berufsorientierung, Ausbildungsplatzsuche und Begleitung während der Ausbildung. 530 Mehr barrierefreie, praxisnahe und inklusive Angebote können helfen, den 531 Horizont für die Berufswahl zu weiten. Dabei nehmen wir auch Dritte Orte als Lern-und Begegungsräume in den Blick. 533 Eine berufliche Ausbildung oder ein Studium ebnet gleichwertig einen starken Weg in die berufliche Zukunft. Daher werden wir den Deutschen Qualifikationsrahmen 535 gesetzlich verankern. Wir wollen nicht, dass finanzielle Gründe oder die soziale 536 Herkunft darüber entscheiden, welcher der beiden Wege eingeschlagen wird. Nach 537 der Erhöhung des BAföG in dieser Wahlperiode machen wir es jetzt zukunftsfest, 538 für Studium und berufliche Bildung: Das BAföG soll existenzsichernd und 539 bedarfsgerecht sein. Deshalb setzen wir einen zuverlässigen Mechanismus ein, um 540 die Bedarfssätze und Freibeträge regelmäßig an die steigenden 541 Lebenshaltungskosten anzupassen. Wir prüfen die Absenkung des zurückzuzahlenden Darlehens durch die Erhöhung des Zuschussanteils. Wir wollen das BAföG 543 elternunabhängiger gestalten und das Einkommen der Geschwister aus der 544 Berechnung herausnehmen. Die Wohnkostenpauschale soll den ortsüblichen Mieten 545 angepasst werden. Mögliche Förderlücken zwischen Anträgen müssen vermieden 546 werden. Für Berufstätige, die beispielsweise einen Meister machen wollen, reformieren wir das Aufstiegs-BAföG und ermöglichen den Bezug des 548 Unterhaltszuschusses auch in Teilzeit, die Förderung gleichwertiger 549 Fortbildungsabschlüsse und von Orientierungsstudienphasen sowie ein vollständig 550 digitalisiertes Antragsverfahren. Für internationale Studierende und Geflüchtete wollen wir sinnvolle Erleichterungen für die Aufnahme eines Studiums prüfen. 552 Wohnen ist eine entscheidende Voraussetzung, um eine Ausbildung oder ein Studium 553 erfolgreich zu absolvieren. Für mehr bezahlbaren, inklusiven und barrierefreien 554 Wohnraum möchten wir den Bau sowie die Sanierung von Wohnheimen über das von uns 555 in der laufenden Wahlperiode aufgelegte Programm "Junges Wohnen" verstetigen und 556 weiter fördern. Dabei achten wir darauf, das jede und jeder über 557 Unterstützungsangebote informiert wird und diese wahrnehmen kann. Auszubildende 558 nehmen wir dabei verstärkt in den Fokus. 559 Wir werden die Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung ausbauen. 560 Veränderungen in allen Berufsfeldern machen Fort- und Weiterbildungen auch

561 abseits der klassischen Bildungswege unverzichtbar. Daher stärken wir die oft

562 unterschätzte Säule des Bildungssystems: lebenslanges Lernen.

#### 563 Für eine starke Hochschul- und Wissenschaftslandschaft

Hochschulen sind Orte der Bildung, Wissenschaft und Forschung. Sie sind Triebfedern unserer Gesellschaft, indem sie Ideen und Lösungen für die großen und die ganz konkreten Probleme unserer Zeit entwickeln. Sie sind Orte der freien und kritischen Debatte und der produktiven Reibung, die entscheidende Voraussetzung für wissenschaftlichen Fortschritt und den Bestand einer demokratischen Gesellschaft sind.

570 Studium und Lehre fördern auch die Persönlichkeitsentwicklung. Gute Ausstattung 571 und Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt fördern den 572 gerechten Zugang.

Mit einer "Innovationsinitiative Zukunfts-Campus" wollen wir Hörsäle, Labore, Mensen und Bibliotheken, die oftmals baufällig oder veraltet sind, gemeinsam mit den Ländern klimagerecht modernisieren und zu resilienten Experimentierräumen für den nachhaltigen, digitalen Wandel machen. Wir wollen sie mit sozialer Infrastruktur auch als Lern- und Lebensorte weiter entwickeln. Das digitale Lehren und Lernen wollen wir unterstützen.

Die bestehenden Bund-Länder-Pakte für Hochschule, Wissenschaft und Forschung wollen wir fortführen, weiterentwickeln und gezielt ergänzen.

Eine gute Grundfinanzierung, die Planungssicherheit schafft, stärkt die
Hochschulen als Orte von Bildung, guter Arbeit und innovativer Forschung. Wenn
sie richtig eingesetzt werden und die tatsächlich anfallenden Kosten abdecken,
können Drittmittel zusätzliche Dynamiken entfachen. Daher wollen wir die
Programm- und Projektpauschalen erhöhen und Bürokratie abbauen, damit sich
Wissenschaftler\*innen auf ihre Arbeit konzentrieren können.

Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend für eine chancengerechte,
zukunftsfeste Wissenschaft. Wir wollen den Anteil befristet Beschäftigter, vor
allem nach der Promotion, deutlich senken und dafür sorgen, dass Daueraufgaben
auf Dauerstellen bearbeitet werden. Dafür wollen wir wissenschaftliche
Qualifikation als Sachgrund für Befristungen enger fassen, alternative
Berufswege neben der Professur stärken sowie moderne Governance- und
Personalstrukturen schaffen. Diesen Wandel wollen wir in einem Programm
gemeinsam mit den Ländern fördern. Die derzeit bestehende Tarifsperre wollen wir
abschaffen sowie wissenschaftliche Arbeit und Familie besser vereinbar machen,
u.a. durch eine feste Verankerung der Vereinbarkeit in wissenschaftlichen
Qualifikationswegen. Wir wollen Frauen in der Wissenschaft gezielt fördern und
Machtmissbrauch und Diskriminierung entgegenwirken.

Auch in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen wollen wir den internationalen Austausch der Wissenschaft fördern und vereinfachen, etwa durch schnellere Visavergaben, die Stärkung der Mittlerorganisationen und bessere Beratung für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir wollen mehr Menschen den akademischen und beruflichen Austausch über Erasmus+ ermöglichen.

606 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Grundlage verantwortungsbewusster

Politik, und es ist zugleich Aufgabe der Politik, die Wissenschaftsfreiheit zu verteidigen. Unter anderem bedeutet dies, dass Entscheidungen über Forschungsförderung ausschließlich wissenschaftlichen Kriterien und nicht politischem Kalkül folgen. Der Verächtlichmachung ganzer Forschungsfelder, wie etwa der Klima- oder Geschlechterforschung, stellen wir uns entschieden entgegen, stärken die Wissenschaftskommunikation und schützen Betroffene vor Anfeindungen, Ausgrenzung oder Boykott aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder Staatsangehörigkeit.

## 615 C. Mitten im Leben - in jeder Lebensphase

#### 616 Für starke Familien

Eltern mit Kindern stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Steigende Kosten,
die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, besonders die Verantwortung
Alleinerziehender, die Angst nicht mehr mitzukommen – all das bereitet Sorgen.
Und die vielerorts mangelnde Kinderbetreuung kommt als weitere Belastung hinzu.
Alle Familien sollen sich daher auf gute und unterstützende Rahmenbedingungen
verlassen können. Dafür braucht es finanzielle Unterstützung, die Familien
fördert und in schwierigen Lebensphasen Sicherheit gibt.

Kindergeld und Kinderfreibetrag sind die Basis für die Unterstützung von
Familien. Mit der stärksten Erhöhung des Kindergeldes in den vergangenen 30
Jahren und der Einführung des Sofortzuschlags, konnten wir Millionen von
Familien auf dem Höhepunkt der Inflation gezielt entlasten. Um der Ungleichheit
der Entlastung zwischen Kinderfreibetrag und Kindergeld entgegenzuwirken, wollen
wir zunächst die Höhe des Kindergeldes gesetzlich an die regelmäßige Erhöhung
des Kinderfreibetrages koppeln. Perspektivisch gleichen wir die Entlastung von
Familien über Kindergeld und Kinderfreibetrag an, denn alle Kinder sollen das
gleiche Maß an finanzieller Unterstützung erhalten - egal wieviel ihre Eltern
verdienen.

Familienplanung ist ein Menschenrecht. Damit alle Frauen und Männer frei entscheiden können, ob und wann sie Kinder bekommen, setzen wir uns für einen unbürokratischen und kostenfreien Zugang zu ärztlich verordneten Verhütungsmitteln für Empfänger\*innen von staatlichen Transferleistungen und Geringverdiener\*innen ein. Perspektivisch soll der kostenfreie und leichte Zugang zu Verhütungsmitteln für alle gelten. Mit dem Start ins Familienleben stellen viele Paare bereits die Weichen für die spätere Aufgabenteilung. Teilen sich Eltern ihre Elternzeit gerecht auf, setzt sich das häufig später auch in der familiären Aufgabenverteilung fort. Nehmen sich Väter Zeit für ihre Kinder, kehren Mütter früher und mit höherem Stundenumfang zurück in den Beruf. Das verschafft ihnen finanzielle Freiheit und sichert Fachkräfte. Die Elternzeit möchten wir deshalb so gestalten, dass mindestens jeweils ein Drittel der Zeit von jedem Elternteil genutzt werden kann. Damit setzen wir Anreize für eine partnerschaftlichere Aufteilung. Auch Pflegeeltern sollen Elterngeld erhalten.

649 2007 unverändert ist, wollen wir auf 500 bzw. 2.400 Euro erhöhen. Zusätzlich 650 werden wir die Ersatzrate für geringe Einkommen anheben. 651 Wir werden mit einer Familienstartzeit entsprechend der Regelungen der 652 Europäischen Union Vätern und Co-Müttern die Möglichkeit geben, sich die ersten 653 zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes mit einer Lohnersatzleistung von der 654 Arbeit freizustellen. Diese Möglichkeit soll es auch für Alleinerziehende geben 655 und möglichst unbürokratisch bezogen werden können. So können Eltern gemeinsam 656 ins Familienleben starten. Durch die Einführung eines gestaffelten Mutterschutzes wollen wir Frauen, die eine Fehlgeburt erleiden, besser 658 unterstützen, wenn sie dies möchten. 659 Für selbstständige Frauen ist der Sprung in die Familiengründung oft mit 660 besonderem Wagnis verbunden. Doch auch sie brauchen Sicherheit und Schutz bei 661 der Familiengründung. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für Selbstständige die 662 Wochen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden. 663 Hierzu sollen sich künftig auch Selbstständige an der dafür vorgesehenen 664 Umlagefinanzierung beteiligen. 665 Wir wollen Eltern vor Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt besser schützen, zum 666 Beispiel auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Auch über 2025 667 hinaus sollen Eltern jeweils an 15 Tagen Kinderkrankengeld beziehen können, Alleinerziehende an 30 Tagen. Die Altersgrenze wollen wir auf 14 Jahre anheben. 669 Allein- und getrennt erziehende Familien leben in vielfältigen Konstellationen. 670 Viele Alleinerziehende stemmen Kinderbetreuung, Job und Haushalt und kommen 671 finanziell kaum über die Runden. Wir wollen Alleinerziehenden den Rücken stärken 672 und ihre Armutsrisiken minimieren. Dafür bauen wir den bestehenden Freibetrag 673 für Alleinerziehende zu einer Steuergutschrift aus, wovon besonders kleine und 674 mittlere Einkommen profitieren. Das Kindergeld rechnen wir nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss an. So unterstützen wir Alleinerziehende und ihre Kinder gezielt. Insbesondere für junge Alleinerziehende mit kleinen Kindern wollen wir die Arbeitsmarktchancen verbessern - mit Ansprüchen auf Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen. Wächst ein Kind in einer Trennungsfamilie bei beiden 679 Elternteilen auf, wollen wir den sogenannten Umgangsmehrbedarf im Steuer- und Sozialrecht berücksichtigen. Eine Festlegung auf ein Betreuungsmodell nach Trennung der Eltern als Regelfall lehnen wir ab. Vielmehr muss dieses dem Einzelfall angemessen und am Kindeswohl orientiert sein. 684 Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich 685 füreinander sorgen zu können, in dem wir das Modell der 686 Verantwortungsgemeinschaft einführen, in gleicher Weise wie im bisherigen Koalitionsvertrag vorgesehen.

## 688 Für die Teilhabe der Jüngsten - gegen Kinderarmut

Kinderarmut bedeutet Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere
Bildungschancen. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut oder ist
armutsgefährdet. Wir sind fest davon überzeugt, dass es keine Rolle spielen
darf, in welchem Elternhaus ein Kind aufwächst oder woher es kommt.

Mit der von uns angestoßenen breiten öffentlichen Debatte über Kinderarmut in
Deutschland haben wir es geschafft, dass mehr Familien als bisher ihnen
zustehende Leistungen wie den Kinderzuschlag auch tatsächlich beantragen und
erhalten. Auch konnten sich Millionen von Familien über die stärkste Erhöhung
des Kindergeldes in den vergangenen 30 Jahren und die Einführung des
Sofortzuschlags freuen.

Allerdings werden Leistungen für Kinder weiterhin nicht von allen
Anspruchsberechtigten abgerufen. Deshalb müssen sie einfacher, digitaler,
bürgerfreundlicher und transparenter werden. Das gilt insbesondere für den
bisherigen Kinderzuschlag und die Leistungen der Bildung und Teilhabe, deren
direkte Abrufung durch beispielsweise Schulen, Sportvereine oder Musikschulen
wir erleichtern wollen. Deshalb wollen wir schnellstmöglich eine
Kindergrundsicherung einführen. Mit ihr wollen wir Antragsverfahren weiter
verschlanken und stetig automatisieren, damit Kinder und ihre Familien die ihnen
zustehenden Leistungen auch tatsächlich erhalten. Eltern müssen von Anfang an,
bei Geburt ihres Kindes, über ihre Ansprüche durch den Staat informiert werden.
Dazu führen wir einen Kindergrundsicherungs-Check ein, der prüft, in welcher
Höhe ein Kind Ansprüche auf Unterstützung hat und die Familien aktiv darüber
informiert. Wir machen aus der Holschuld der Eltern eine Bringschuld des Staates
für die Absicherung aller Kinder.

Für den Kampf gegen Kinderarmut wollen wir neben der Modernisierung der
Verwaltung zudem eine armutsfeste Neuberechnung des soziokulturellen
Existenzminimums für Kinder sowie eine bessere Unterstützung und Entlastung von
Alleinerziehenden bei der Anrechnung von Unterhalt und Einkommen. Zusammen mit
den Ländern und Kommunen wollen wir außerdem auch für mehr Chancengleichheit im
Hinblick auf Mobilität, Lehrmittel und Wohnkosten sorgen. Den nationalen
Aktionsplan "Neue Chancen für Kinder in Deutschland" werden wir finanziell
unterfüttern, um benachteiligte Kinder zu unterstützen.

#### 🛾 Für einen guten Start der jungen Generation

Junge Menschen mussten in der Pandemie für die älteren und vulnerablen Teile unserer Gesellschaft zurückstecken und auf vieles verzichten. Die großen Herausforderungen der vergangenen Jahre haben sie besonders gespürt. Deswegen legen wir ein besonderes Augenmerk darauf, der jungen Generation Gehör zu verschaffen, sie zu unterstützen und zu entlasten, sie in ihren Rechten zu stärken und ihre Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen.

In den vergangenen Jahren sind viele Angebote der Kinder- und Jugendarbeit vor
Ort weggebrochen. Damit sind besonders im ländlichen Raum wichtige
Begegnungsorte verloren gegangen. Mit einem Sonderprogramm wollen wir über zehn
Jahre Kommunen dabei unterstützen, Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit
aufzubauen und zu stärken. Die Mittel des Kinder- und Jugendplans, dem zentralen
Förderinstrument für Jugendarbeit und Jugendhilfe, und für die Frühen Hilfen,
die niedrigschwelligen Angebote für Familien mit kleinen Kindern in belasteten
Lebenslagen, wollen wir aufstocken und den Bedarfen entsprechend kontinuierlich
anpassen. Dabei wollen wir feministische Mädchen- und Jungenarbeit sowie

737 queersensible Angebote besonders fördern und sichere und selbst gestaltete 738 Jugendorte im öffentlichen Raum schaffen. Für alle Jugendlichen soll es sichere 739 und selbst gestaltete Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum geben.

Jugendverbände, die sich für Integration und Demokratie und gegen Antisemitismus und Rassismus einsetzen, wollen wir gezielt unterstützen und Mehrsprachigkeit als eine wertvolle Kompetenz fördern und damit jungen Menschen unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus faire Chancen und Teilhabe bieten.

Die psychische Gesundheit junger Menschen hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Das nehmen wir ernst. Mit den Mental Health Coaches und ihren Gruppenangeboten an weiterführenden Schulen konnten wichtige Anlaufstellen geschaffen werden, die wir ausbauen wollen. Dabei legen wir besonderen Fokus auf Schulen mit besonderen Bedarfen, wie den Startchancenschulen. Bewährte Anlaufstellen, wie die Nummer gegen Kummer und andere Beratungsstellen, brauchen eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung.

Wir wollen Kinder und Jugendliche vor den psychischen und sozialen Risiken der exzessiven Nutzung sozialer Medien besser schützen. Junge Menschen haben ein Recht auf sichere Teilhabe im Netz, das wir stärken wollen. Manipulative Algorithmen von Social Media-Plattformen wollen wir strenger regulieren. Algorithmen, die gezielt darauf ausgerichtet sind, unsere Kinder süchtig zu machen, werden wir nicht dulden. Eltern unterstützen wir mit Voreinstellungen für sichere Dienste und Geräte (kids-safety-by-default) sowie Datenschutzregelungen, die die Privatsphäre von Kindern und Jugendlichen schützt. Gleichzeitig soll ein Bürgerrat unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen zu aktuellen Fragen des digitalen Kinder- und Jugendschutzes eingesetzt werden. Ziel ist es, bis Ende der Wahlperiode ein weiteres Maßnahmenpaket im Deutschen Bundestag zu beschließen.

Wir setzen uns für mehr Freiräume und Ressourcen für jugendliches Engagement ein. Dazu gehören Förderprogramme, Vernetzungsangebote und die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit. Wichtig ist, dass wir Verbesserungen für junge Menschen mit jungen Menschen zusammen gestalten und sie stärker beteiligen und einzuplanen, beispielsweise auch bei Vorhaben der Stadtentwicklung. Damit junge 769 Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam einbringen und einfordern können, 770 wollen wir neben Beteiligungsgremien, wie Kinder- und Jugendparlamente, 771 insbesondere auf kommunaler Ebene, auch niedrigschwelligere Formate, die Kindern 772 und Jugendlichen offen stehen, auch ohne vorher für eine Wahl anzutreten, 773 stärken. Viele politische Strukturen sind nicht auf junge Menschen ausgerichtet. Deshalb unterstützen wir jugendgerechte Formate. Dazu gehören digitale Beteiligungsmöglichkeiten, Aufwandsentschädigungen und eine verständliche 776 Kommunikation. Politik muss für alle jungen Menschen zugänglich sein unabhängig von der Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten. Parteiübergreifend 778 wollen wir darauf hinarbeiten, emanzipatorische, entlang der Vorgaben der UN-779 Kinderrechtskonvention Kinderrechte endlich ins Grundgesetz zu schreiben. Im neu aufgelegten Jugendcheck, wollen wir relevante Entscheidungsvorlagen systematisch 781 auf ihre Konsistenz und Vereinbarkeit mit diesen Rechten und der

Zukunftsgerechtigkeit prüfen. Nach der Absenkung des Wahlalters für die
 Europawahlen, wollen wir in einem nächsten Schritt, dass junge Menschen ab 16
 Jahren auch bei der nächsten Bundestagswahl mitentscheiden dürfen.

Mit der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII sorgen wir dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine zentrale Ansprechstelle haben und ganzheitlich und individuell gefördert werden. Junge Menschen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir im Übergang ins Erwachsenenleben besser unterstützen und Maßnahmen der Ausbildungsbegleitung fördern.

Junge Menschen haben das Anrecht auf einen besonderen Schutz. Besonders wichtig sind der Schutz und ein entschiedenes Vorgehen gegen sexualisierte und jede andere Form der Gewalt. Wir werden die vorhandenen Strukturen zum Kinder- und Jugendschutz mit einem ganzheitlichen Ansatz stärken und wissenschaftlich fundiert weiterentwickeln. Maßnahmen denken wir vom Kind aus – durch einheitliche Kinderschutzstandards, gesetzlich geregelte Mindeststandards für Gutachter\*innen, eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Strafverfolgung durch die Polizei im Netz und offline, bessere Meldestellen und gezielte Löschungen von Missbrauchsdarstellungen sowie Prävention in Schule, Jugendhilfe und Familie. Um Gewalt gegen Kinder zu verhindern, bevor sie geschieht, setzen wir uns zudem für täterbasierte Primärprävention ein.

#### 🟿 Für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter

Ältere Menschen stehen mitten im Leben – heute mehr denn je. Ältere sind wichtige Säulen in unserer Gesellschaft. In unzähligen Vereinen,
Nachbarschaftstreffs und Initiativen teilen sie ihre Zeit, Erfahrung und
Lebensklugheit und bringen sich durch ihr Ehrenamt ein. Großeltern unterstützen in der Kinderbetreuung und sorgen in vielen Familien dafür, dass Kinder, Beruf und andere Verpflichtungen gut miteinander vereinbart werden können. Das schätzen wir.

Engagementstrukturen für Ältere wollen wir ausbauen, damit sich auch diejenigen einbringen können, die bislang schwerer Zugang finden. Und wir erleichtern den selbstbestimmten Übergang vom Arbeitsleben in den Rentenbezug durch flexiblere Übergänge und investieren in Präventions- und Rehamaßnahmen. Das ist auch ein wichtiger Beitrag gegen Einsamkeit im Alter. In den vergangenen Jahren ist es gelungen, das Thema Einsamkeit aus der Tabuecke zu holen. Mit der nationalen Strategie gegen Einsamkeit binden wir auch Länder, Kommunen und Verbände ein.

Wir unterstützen altersfreundliche Städte und Gemeinden nach dem WHO-Konzept, da sie das selbstbestimmte Leben aller Generationen erleichtern, auch mit dem Ziel Unterstützung und Pflege vor Ort im Quartier vorzuhalten. Breite Fußwege, öffentliche Toiletten und barrierefreie Zugänge kommen allen gleichermaßen zugute. Mehrgenerationenhäuser sind wichtige Treffpunkte für Jung und Alt und sorgen für Zusammenhalt und Gemeinschaft, die wir unterstützen wollen. Doch auch das Mehrgenerationenwohnen, das gemeinschaftliches Wohnen mehrerer Generationen

- zum Ziel hat, wollen wir fördern und den Ausbau von barrierefreiem,kostengünstigem Wohnraum vorantreiben.
- Angebote zur Beratung für von Altersarmut betroffenen Menschen wollen wir ausbauen.
- Damit auch ältere Menschen die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Welt nutzen können, arbeiten wir an Strukturen, die digitale Kenntnisse vermitteln oder erneuern können und stellen wir sicher, dass digitale Angebote barrierefrei zugänglich sind. Wir setzen uns für Pförtner- und Lotsendienste ein und arbeiten an Strukturen, die digitale Kenntnisse vermitteln oder erneuern können. Mit Maßnahmen, wie dem DigitalPakt Alter sorgen wir dafür, dass Ältere lange selbstbestimmt und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Wir wollen sicherstellen, dass trotz fortschreitender Digitalisierung die Teilhabe aller Menschen gewährleistet bleibt. Wir wollen die Forschung auch finanziell

838 fördern und stärker zentrieren, um Kompetenzen und Entwicklungspoteniale zu

- Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Das Recht aufselbstbestimmtes Leben
- schließt nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts selbstbestimmtes Sterben frei von Druck ein. Unser Ziel ist es, dass dieses Urteil in der Praxis umgesetzt werden kann.

## 845 D. In jeder Lebensphase abgesichert

839 stärken.

## 846 Für eine gute Gesundheitsversorgung überall

- 847 Viele Menschen in Deutschland spüren, dass unser Gesundheitssystem an seine
- 848 Grenzen stößt: Haus- und Fachärzt\*innen sind oft schwer erreichbar, wichtige
- 849 Medikamente fehlen in Apotheken, Notaufnahmen sind überfüllt und
- 850 Krankenkassenbeiträge steigen. Gleichzeitig erleben Patient\*innen und Angehörige
- 851 überlastete Pflegekräfte und Ärzt\*innen, die kaum Zeit für Zuwendung und
- 852 Aufklärung haben. Solche Symptome der Überforderung machen deutlich: Es gibt
- drängende Probleme in unserem Gesundheitswesen, die gelöst werden können und müssen.
- 855 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Deutschland auf eine gute wie auch
- 856 bezahlbare Gesundheitsversorgung und Pflege verlassen können. Dabei müssen wir
- 857 die Ausgaben solidarisch schultern, ohne dass die Versicherten überlastet
- 858 werden, während andere sich einer gerechten Verantwortungsverteilung entziehen
- 859 und auch die steigenden Kosten wieder in den Griff bekommen.
- 860 Unser Ziel ist klar: Patient\*innen sollen zur richtigen Zeit die richtige
- 861 Versorgung am richtigen Ort erhalten. Um das zu erreichen, braucht es eine
- 862 bessere Steuerung und Organisation, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen
- 863 der Menschen orientiert. Statt Patient\*innen lange und aufwendig mit der Suche
- 864 nach passenden Behandlungsterminen allein zu lassen, wollen wir insbesondere
- 865 auch auf die stärkere Nutzung von Telemedizin, Digitalisierung und einer guten
- 866 Allgemeinmedizin setzen. Praxen sollen aber auch weiterhin niedrigschwellig

```
867 erreichbar sein. Deshalb werden wir die hausärztlich-zentrierte Primärversorgung
868 stärken, um eine bessere Behandlungsqualität und Effizienz zu erreichen. Wir
869 wollen die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Ärzt*innen und Angehörigen
870 anderer Gesundheitsberufe wie z.B. Community Health Nurses, Hebammen und
871 Pflegekräften weiter vorantreiben. Neben privat geführten Medizinischen
872 Versorgungszentren (MVZ) und Eigeneinrichtungen der Kassenärztlichen
873 Vereinigungen (KVen) wollen wir auch die vermehrte Gründung von kommunalen MVZ
874 und Primärversorgungszentren fördern, in denen soziale Beratung integriert
875 wird.Wir werden gesetzlich nachsteuern, damit unser Gesundheitswesen inklusiv
876 und barrierefrei wird.
877 Und wir wollen das Vertrauen von Patient*innen zu den Ärzt*innen durch mehr und
   bessere Beratung und Informationen stärken und entsprechend fördern.
879 Unterversorgte Gebiete wollen wir noch wirksamer unterstützen. Die Verteilung
880 von niedergelassenen Ärzt*innen muss besser organisiert und enger mit der
881 Krankenhausplanung der Länder verknüpft werden. Gleichzeitig wollen wir dafür
882 sorgen, dass alle Versicherten einen gleichwertigen Zugang zur Versorgung haben.
883 Die bestehende Trennung der Finanzierungssysteme von ambulanter und stationärer
884 Versorgung wollen wir überwinden und stärkere Vernetzung von ambulanten und
885 stationären Angeboten im Gesetz verankern, um bessere Kooperation und
886 Koordination zu fördern. Wir sorgen für eine gute Versorgung vor Ort: mit
   niedrigschwelligen Gesundheitskiosken ermöglichen wir wohnortnahe Beratung und
   mit Gesundheitsregionen schaffen wir Verbünde von Krankenhäusern,
889 niedergelassenen Ärzt*innen und Versorgungszentren in denen alle
890 Gesundheitsberufe zusammenarbeiten. Und wir wollen wissenschaftliche Maßnahmen
   ergreifen, um Fehl- und Überversorgung abzubauen, zum Beispiel durch den Ausbau
892 von Zweitmeinungsverfahren. Abrechnungsbetrug und Fehlverhalten im
893 Gesundheitswesen werden wir zusammen mit den Ländern wirkungsvoller begrenzen.
894 Gesundheitsfachberufe und Vertragsärzt*innen wollen wir von unnötiger Bürokratie
895 und überflüssigen Regressverfahren entlasten und den Sprechstundenanteil für
896 gesetzlich Versicherte erhöhen, damit Patient*innen schneller Termine erhalten.
897 Abrechnungssysteme entwickeln wir weiter.
898 Wir wollen die Patientenorientierung im Gesundheitssystem verbessern und dafür
899 einen Anspruch auf Patientenlotsen sowie einen besseren Zugang zu laufenden
900 Forschungs- und Studienprogrammen schaffen. Das Patientenrechtegesetz entwickeln
901 wir weiter, um Patient*innen nach Behandlungsfehlern zu stärken und das Personal
902 vor Organisationsfehlern besser zu schützen.
903 Außerdem legen wir besonderen Fokus auf ein barrierefreies und inklusives
904 Gesundheitssystem im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen die
905 Selbsthilfe weiter stärken und die Patient*innenbeteiligung in der
906 Selbstverwaltung des Gesundheitswesens ausbauen.
907 Die Umsetzung der Krankenhausreform werden wir weiter vorantreiben und gemeinsam
908 mit den Ländern umsetzen. Wo erforderlich werden wir diese für eine bestmögliche
909 Versorgung der Patient*innen weiterentwickeln, insbesondere im Hinblick auf
910 bestmögliche Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität sowie eine sachgerechte
911 Vorhaltevergütung. Wir werden weiter darauf achten, dass sich auch die privaten
```

```
912 Versicherungen an den Transformationskosten beteiligen. Oberste Priorität hat
913 für uns dabei, dass sich Menschen in unserem Land darauf verlassen können, eine
914 gute Grund- und Notfallversorgung überall erreichen zu können und in
915 spezialisierten Zentren in bester Qualität versorgt zu werden. Ziel muss es
916 deshalb auch sein, umgehend eine umfassende Reform der Notfallversorgung
   einschließlich des Rettungsdienstes auf den Weg zu bringen.
918 Wir wollen die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen dabei unterstützen ihre
919 Gebäude an die Klimakrise anzupassen. Wir setzen uns dafür ein, ökologische und
920 ökonomische Prozessoptimierungen mit einer digitalen Transformation zu
921 verbinden. So schaffen wir ein Gesundheitssystem, das nicht nur effizienter und
922 kostenschonender arbeitet, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen für das
923 Personal bietet und eine hochwertige Versorgung für alle gewährleistet.
924 Angesichts instabiler Lieferketten wollen wir, dass wichtige
925 Arzneimittelwirkstoffe wieder stärker in Deutschland oder Europa produziert
926 werden. Bei unverzichtbaren Medikamenten der Grund- und Notfallversorgung ist es
927 unser Ziel, bessere Vergütungsregelungen zu etablieren. Die Finanzierung der
928 Apotheken wollen wir im Hinblick auf die Sicherstellung einer guten,
929 flächendeckenden und effizienten Versorgung reformieren und gleichzeitig den
930 Heilberuf der Apotheker*innen auch durch erweiterte Möglichkeiten von
931 Telepharmazie oder niedrigschwelliger Impfangebote stärken. Für
932 Gesundheitsberufe etwa in der Physio-, Logo- und Ergotherapie, sowie in der
933 Pflege und im Rettungsdienst wollen wir mehr Kompetenzen zur eigenständigen
934 heilkundlichen Behandlung. Durch ein eigenes Heilberufegesetz wollen wir die
935 Qualität der Versorgung weiter fördern und darin auch weitere
936 qualitätsgesicherte Heilberufe integrieren und deren weitere Akademisierung
937 regeln.In der Geburtshilfe werden wir die flächendeckende Versorgung fördern und
938 für alle Hebammen bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechte Bezahlung sowie für
939 die zu Betreuenden größtmögliche Sicherheit schaffen. Wir setzen uns für den
940 Ausbau der Hebammengeleiteten Kreissäle ein. Wir nehmen das Thema Gewalt in der
941 Geburtshilfe ernst. Wir werden uns für Aus- und Weiterbildungen sowie einen
942 bessere Ausstattung der Geburtshilfeeinrichtungen stark machen. Zu einer guten
943 medizinischen Versorgung gehört, dass jede Frau Zugang zu
944 Schwangerschaftsabbrüchen bekommt, um eine selbstbestimmte Entscheidung zu
945 treffen.
946 Wir setzen uns für eine Novellierung der Approbationsordnungen des Pharmazie-
   und Medizinstudiums ein.
948 Wir wollen die Überlebenschancen bei Herzstillstand durch
949 Wiederbelebungstrainings in Grund- und Oberschulen, am Arbeitsplatz,
950 deutschlandweit vernetzte Erst-Helfer-Apps und Laien-Defibrillatoren an
   öffentlichen Orten erhöhen.
952 Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen werden wir weiter verbessern und
953 hierbei auch auf eine verlässliche Arzneimittelversorgung und den Abbau von
954 Versorgungslücken bei Kinderärzt*innen und -psychotherapeut*innen achten.
```

In den ländlichen Regionen – gerade in in den ostdeutschen Bundesländern – ist
 das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen.

957 Darauf müssen wir reagieren. Daher schaffen wir zusätzliche Programme für 958 Gemeindegesundheitspfleger\*innen, und stärken bestehende Angebote, wie die 959 Gemeindeschwester und "Medizin auf Rädern". Dafür unterstützen wir die Länder 960 bei der Sicherung der Pflege-Studiengänge, die hierfür Voraussetzung sind. Gleichzeitig fördern wir den Einsatz spezialisierter Pflegefachkräfte, die quartiersbezogen, zum Beispiel in Primärversorgungszentren, arbeiten. Auch bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen müssen wir schneller vorankommen. Die Zettelwirtschaft schaffen wir endgültig ab. Durch den Einsatz von digitalen Lösungen und evidenzbasierter KI tragen wir auch zum Abbau 966 unnötiger Bürokratie bei. Deshalb wollen wir beispielsweise den digitalen Mutter- und Impfpass, das digitale Vorsorgeheft sowie die Bereitstellung wichtiger medizinischer Informationen wie Röntgenbilder und Laborbefunde in der 969 elektronischen Patientenakte schnellstmöglich einführen. Wir schaffen dort, wo dies medizinisch sinnvoll und möglich ist, die Voraussetzungen für eine vollständig digitalisierte Dokumentation der Behandlung. Dabei gewährleisten wir einen hohen Schutzstandard für die sensiblen Patientendaten und stärken ihre 973 Handlungsautonomie. Das Patient\*innengeheimnis und die ärztliche Schweigepflicht müssen auch digital gewahrt bleiben. Die letztgültige Entscheidung über 975 medizinische Therapien bleibt auch beim Einsatz von KI immer dem menschlichen Fachpersonal vorbehalten. Unnötige Bürokratie, die heutzutage digital und effizienter laufen könnte, muss abgebaut und der Nutzen für Patient\*innen erhöht 978 werden, auch durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Wir haben die Nutzung von Daten für Forschung und Versorgung verbessert und werden diesen Weg 980 fortsetzen, um die Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen zu steigern. Dafür 981 werden wir ein medizinisches Registergesetz zur Verbesserung der 982 Datenverfügbarkeit und Datengualität im Sinne des Gemeinwohls auf den Weg bringen. Durch die verbesserte Datenlage wollen wir auch den Gender-Health-Gap weiter schließen und endlich alle Geschlechter gleichermaßen gut im System versorgen. Geschlechtesspezifische Aspekte der medizinischen Versorgung sollen darüber hinaus in der Projektförderung zur medizinischen Forschung stärker berücksichtigt werden. Die Forschung zu geschlechtsspezifischen Aspekten der Medizin wollen wir allgemein stärken.

Organspende rettet Leben. Viele Menschen, die auf der Warteliste für eine Organtransplantation stehen, sterben, weil für sie kein Spenderorgan zur Verfügung steht. Wir stehen hinter der Einführung einer Widerspruchsregelung und der Weiteren Verbesserung der Strukturen in der Transplantationsmedizin. Wir

994 setzen uns dafür ein, dass die Mitglieder des Bundestages zeitnah im Rahmen des 995 Gruppenverfahrens in freier Entscheidung über die Frage der Einführung

995 Gruppenverfahrens in freier Entscheidung über die Frage der Einführung 996 abstimmen.

#### 🦙 Für eine verlässliche und würdige Pflege

998 Alle pflegebedürftigen Menschen sollen die Pflege erhalten, die sie benötigen, 999 egal ob durch Fachkräfte oder nahestehende Mitmenschen, ob zu Hause oder in 1000einer Einrichtung. Wir wollen, dass Menschen sich darauf verlassen können, 1001solange und so weit wie möglich über ihre Pflege selbst zu bestimmen und 1002würdevoll behandelt zu werden, wenn sie der Pflege bedürfen. Durch eine gute 1003Versorgung mit Hilfsmitteln und Barrierefreiheit erhöhen wir dabei die 1004Selbständigkeit und entlasten die Pflegenden. Wir wollen Angebote im Quartier, 1005also vor Ort, fördern und so auch Pflegebedürftigkeit hinauszögern. Wir schaffen 1006den gesetzlichen Rahmen dafür, dass Länder und Kommunen mehr Möglichkeiten 1007erhalten, die pflegerische Versorgung vor Ort verbindlich zu planen und zu 1008gestalten.

1009Für uns ist es wichtig, dass die Pflege wieder bezahlbar wird. Wer nichts 1010ansparen konnte oder anderweitig vorgesorgt hat, soll nicht regelhaft auf 1011Sozialhilfe angewiesen sein, weil die Pflegekosten über längere Zeiträume sehr 1012teuer geworden sind. Deshalb haben wir die Leistungen der Pflegeversicherung 1013erhöht und sorgen weiter für dringend benötigte Entlastung der 1014Pflegebedürftigen. Die Verbesserung der Finanzierung ambulanter Pflegeangebote 1015und Pflege-Wohngemeinschaften treiben wir voran.

1016Wir wollen sowohl die Situation der pflegebedürftigen Menschen als auch 1017derjenigen verbessern, die selbst Angehörige oder nahestehende Personen pflegen. 1018Eine Aufgabe, die erfüllend sein kann, aber auch Kraft und Zeit kostet und ohne 1019die die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland nicht möglich 1020 wäre. Wer die eigene Arbeitszeit für die Pflege reduziert, braucht finanzielle 1021Unterstützung in Form eines zeitlich begrenzten Ausgleichs der entgangenen 1022Einkünfte. Auch Beiträge für die Rente der pflegenden Angehörigen müssen 1023übernommen werden. Die Leistung soll so ausgestaltet sein, dass mehrere Personen 1024sich die Pflege teilen können. Berufliche Freistellungen sollen besser und 1025flexibler möglich sein. So wie es zur guten Vereinbarkeit von Kindern und Beruf 1026ausreichend Kita-Plätze braucht, müssen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege 1027und Beruf die Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege gestärkt und ausgebaut 1028werden. Das stärkt einerseits die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von 1029Angehörigen und schafft andererseits attraktive Arbeitsbedingungen in der 1030Langzeitpflege jenseits von Schichtarbeit. Pflegebedürftige sollen Pflege, 1031therapeutische Leistungen oder Unterstützung bei der Haushaltsführung von 1032professionellen Anbietern sowie ehrenamltichen oder privaten Netzwerken 1033flexibler als bisher in Anspruch nehmen und miteinander kombinieren können, zum 1034Beispiel in Form eines Pflegebudgets. Ein Miteinander von professionellen 1035Anbietern, Ehrenamtlichen, privaten Netzwerken und Familien ist nötig, um 1036unterstützende Strukturen sektoren- und trägerübergreifend im Quartier zu 1037schaffen.

1038Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren 1039Patient\*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job 1040verlassen haben, wollen wir mit einer Rückkehroffensive zurückgewinnen. 1041Hunderttausende wären dazu bereit, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern – 1042dazu zählt auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses 1043Potenzial wollen wir durch die weitere Umsetzung höherer Personalschlüssel, mehr 1044Kompetenzen und Eigenverantwortlichkeit für den Pflegeberuf sowie durch bessere 1045Aufstiegschancen nutzen. Wir wollen die Repräsentanz der professionellen Pflege 1046im Gemeinsamen Bundesausschuss weiter stärken. Das Studium der Pflege wollen wir

1047weiterentwickeln und stärken, um Karrieremöglichkeiten durch durchlässige 1048Weiterentwicklungswege zu fördern – von der Pflegeassistenz bis hin zu 1049akademischen Graden. Dazu gehört es, neue Rollen wie Advanced Practice Nurses 1050(APN) und Community Health Nurses (CHN) auf Masterniveau zu etablieren. Unser 1051Ziel ist eine starke berufsständische Vertretung der Pflege und eine hohe 1052Tarifbindung in der Branche. Auch die Etablierung von Pflegekammern in allen 1053Bundesländern, sehen wir als wichtiges Selbstbestimmungsorgan der Berufsgruppe 1054an. Wir wollen die Ausbildungsbedingungen verbessern und die 1055Pflegeassistenzausbildung bundesweit einheitlich regeln. Bei der Ausbildung 1056wollen wir die besonderen Bedarfe der pflegebedürftigen Menschen besser 1057berücksichtigen, etwa von LSBTIQ\*, Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit 1058Migrationshintergrund. Und wir wollen Dokumentationspflichten und Bürokratie in 1059der Pflege auf ein Mindestmaß reduzieren und die Möglichkeiten der KI zur 1060Verbesserung der Arbeitsbedingungen nutzen, damit Pflegekräfte wieder dafür Zeit 1061haben, wofür sie ihren Beruf gewählt haben: den Menschen. 1062Bundesweit werden viele tausend Pflegebedürftige zu Hause von Frauen aus dem 1063östlichen Europa ("Live-Ins") betreut. Hierfür sorgen wir für eine rechtssichere 1064Grundlage für die sog. 24-Stunden-Betreuung im familiären Bereich.

### 1065Für eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung

1066Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist dafür da, Erkrankungen und 1067Pflegebedürftigkeit vorzubeugen, kranke Menschen zu heilen und Pflegebedürftige 1068gut zu pflegen. In den vergangenen Jahren wurden den Versicherungen jedoch viele 1069Kosten zugeschoben, die aus Steuermitteln hätten finanziert werden sollen. 1070Diesen Trend wollen wir umkehren und damit die Versicherten und die Arbeitgeber 1071von versicherungsfremden Leistungen entlasten. Dazu gehört, dass wir die 1072Finanzierung der Rentenbeiträge von pflegenden Angehörigen oder die Beiträge für 1073Empfänger\*innen von Bürgergeld angemessener über den Staat finanzieren. Damit 1074bleibt auch mehr Geld im System, um in gute Gesundheit und Pflege zu 1075investieren.

1076In Zeiten steigender Pflegekosten und Versicherungsbeiträge müssen wir auch 1077dafür sorgen, dass öffentliches und beitragsfinanziertes Geld in der Versorgung 1078bleibt und für die Menschen arbeitet. Neben dem bestehenden Qualitäts- und 1079Wirtschaftlichkeitsgebot wollen wir auch das Ziel der Nachhaltigkeit stärker im 1080Sozialgesetzbuch verankern. Spekulation und hohe Renditeerwartungen, die zu 1081Lasten der Versorgungsqualität gehen, sind im Gesundheits- und Pflegebereich 1082fehl am Platz. Wir wollen daher das Prinzip der Gemeinwohnorientierung stärker 1083etablieren und öffentliche und gemeinnützige Träger fördern, denn eine 1084Profitorientierung birgt Risiken für die Versorgungsqualität und -sicherheit. 1085Den Einfluss von Finanzinvestoren begrenzen wir und stellen Transparenz über die 1086Eigentumsverhältnisse von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen her und sorgen so 1087für eine bezahlbare und gerechtere Kranken- und Pflegeversorgung.

1088Wir setzen uns für eine Finanzierung von Gesundheit und Pflege unserer 1089Gesellschaft ein, die verlässlicher und gerechter ist als der Status quo. Basis 1090hierfür ist eine faire Beteiligung aller Versicherten an der Finanzierung. Unser 1091Ziel ist die Bürgerversicherung, die neben den gesetzlich Krankenversicherten 1092auch die Privatversicherten in den solidarischen Finanzausgleich des 1093Gesundheitssystems einbezieht. Auch in der Pflege wollen wir auf dem Weg hin zu 1094einer Pflegebürgerversicherung mit einem Ausgleich zwischen gesetzlicher und 1095privater Pflegeversicherung dafür sorgen, dass sich alle gerecht an der 1096Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen. So tragen Versicherte mit finanziell 1097starken Schultern stärker zur Finanzierung von Pflege und Gesundheit bei als 1098solche, die nur über geringe Einkünfte verfügen. Die Beitragsbemessung werden 1099wir reformieren und beispielsweise auch Kapitaleinnahmen zur Finanzierung 1100unseres Gesundheits- und Pflegesystems heranziehen. Damit schützen wir auch 1101Löhne und Gehälter vor höheren Beitragsabgaben. Um freiwillig versicherte, 1102geringverdienende oder in Teilzeit beschäftigte Soloselbstständige besser 1103abzusichern, werden wir die Mindestbemessungsgrenze in der 1104gesetzlichenKrankenversicherung reformieren. Für Menschen ohne Wohnung, ohne 1105Papiere und ohne oder mit ungeklärtem Versicherungsstatus werden wir den Zugang 1106zur Versorgung vereinfachen, beispielsweise über anonyme Behandlungsscheine. Ein 1107flächendeckender Ausbau der Clearingstellen sowie multiprofessionelle Teams für 1108aufsuchende, niedrigschwellige Versorgung wohnungs- und obdachloser Menschen 1109sind unerlässlich. Die zum Teil ehrenamtlich besetzten Anlaufstellen wollen wir 1110ebenfalls stärker unterstützen. Auch die gesundheitliche Versorgung von 1111Inhaftierten möchten wir verbessern.

1112Für die Beamt\*innen werden wir die Wahlfreiheit stärken und insbesondere eine 1113pauschale Beihilfe auch für Bundesbeamt\*innen einführen.

## 1114Für eine vorausschauende Gesundheitspolitik

1115 Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine vorsorgende Politik, die die 1116 Ursachen von Krankheiten in den Blick nimmt und angeht. Prävention und 1117 Gesundheitsförderung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen 1118 Politikbereichen verfolgen und unsere Gesetzesvorhaben nach dem Prinzip des 1119 "Health in all Policies"-Ansatz daraufhin prüfen. Nach dem Grundsatz der 1120 Verhältnisprävention wollen wir Produzenten von gesundheitsschädlichen Produkten 1121 wie Tabak und Alkohol stärker an den ernormen Folgekosten am Gesunheitssystem 1122 beteiligen und die Werbung für diese Produkte stärker regulieren. Dabei setzen 1123 wir uns auch für einen starken Nichtraucher\*innenschutz ein, unter anderem durch 1124 die Einführung von einheitlichen, neutralen Verpackungen ohne Markenlogos. Wir 1125 wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst durch ein eigenes Bundesinstitut 1126 stärken und dabei auch Menschen in sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen 1127 in den Blick nehmen.

1129Die Aufklärungsarbeit über HIV sowie andere sexuell übertragbare Infektionen und 1130aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten wollen wir ausbauen und 1131niederschwellig zugänglich machen.

1132Um den Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle zu verbessern, setzen wir uns 1133dafür ein, dass Sprachmittlung, auch mit Hilfe digitaler Anwendungen, 1134Bestandteil des Fünften Sozialgesetzbuches (SGB V) wird. 1135Eine Verbesserung der Gesundheitskompetenz, insbesondere im Lebensbereich von 1136Familien einschließlich der Geburt, sehen wir als ein zentrales Anliegen. 1137Seelische und körperliche Gesundheit bedingen sich gegenseitig und sind ein 1138Fundament für eine hohe Lebensqualität. Es ist nicht hinzunehmen, dass viele 1139Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf passende Hilfe warten müssen 1140und die Suizidzahlen wieder steigen. Unser Ziel sind mehr Hilfen und weniger 1141Stigma. Wir brauchen ein Suizidpräventionsgesetz. Zudem sollen Forschung, 1142Therapie und Gesundheitsbildung zu gefördert werden. Alle Menschen, insbesondere 1143Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige Zugänge zu 1144passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben. Deswegen werden 1145wir Therapieplätze und psychiatrisch-psychosoziale Krisendienste bedarfsgerecht 1146ausbauen sowie die Bedarfsplanung für psychotherapeutische Angebote 1147modernisieren. Dabei nehmen wir besonders Kinder- und Jugendliche in den Blick. 1148Wir wollen die angemessene Finanzierung der Weiterbildung von 1149Psychotherapeut\*innen sicherstellen. Die psychiatrische Versorgung werden wir 1150sektorübergreifend stärken. Wir setzen uns für eine gemeindenahe, 1151menschenrechtsbasierte Versorgung ein, mit dem Ziel Zwangsmaßnahmen zu 1152vermeiden. 1153Psychosoziale Zentren für Geflüchtete werden wir stärken und das Recht auf 1154Sprachmittlung verankern. 1156Auch die Versorgung schwer und chronisch erkrankter Menschen müssen stärker in 1157den Fokus rücken. Lücken im Übergang von stationärer Therapie zur ambulanten 1158Reintegration möchten wir schließen. 1159Verhaltensgebundene Süchte nehmen unter anderem durch zusätzliche digitale 1160Angebote wie z.b. Lootboxen zu. Vor allem um Kinder und Jugendliche besser zu 1161schützen müssen Produkte besser reguliert werden. 1162Und wir wollen die Atemluftreinheit im Außenbereich und in Innenräumen 1163verbessern. Maßnahmen zur Luftreinhaltung in Innenräumen von öffentlichen 1164Gebäuden, insbesondere in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, sind ein 1165wichtiger Teil des aktiven Gesundheitsschutzes. Als wichtige Säule der 1166Gesundheitsversorgung werden wir die Rehabilitation stärken. Auch die Forschung 1167zu vernachlässigten sowie zu seltenen Erkrankungen wollen wir ausbauen und damit 1168vielen Menschen neue Hoffnung geben. 1169Mit Blick auf die steigende Anzahl von Betroffenen von ME/CFS und Long Covid 1170müssen Projekte zur Ursachen- und Versorgungsforschung ausreichend finanziert 1171und vorangetrieben werden. Betroffene wurden oft stigmatisiert – wir wollen eine 1172bestmögliche Versorgung nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse 1173ermöglichen. 1174Besonders unterstützen möchten wir Schwerstbetroffene, die keine therapeutischen 1175Einrichtungen aufsuchen können. Die in der Long-Covid Richtlinie geschaffenen 1176Behandlungsangebote wollen wir umsetzen und den Ausbau von Fachambulanzen

1177vorantreiben.

1178Wir wollen unser Gesundheitswesen durch ein Gesundheitssicherstellungsgesetz auf 1179Epidemien, Pandemien, große Katastrophen und militärische Bedrohungen besser 1180vorbereiten. Das betrifft zum Beispiel Prävention durch Lufthygiene, Aufklärung 1181und Aufbau eines zuverlässigen und dauerhaften Monitorings, den Vorrat an 1182Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie regelmäßige Katastrophenschutzübungen. 1183Auch den öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir weiter stärken. Angesichts 1184der Klimakrise wollen wir ressortübergreifend die Umsetzung von 1185Hitzeschutzmaßnahmen unterstützen. Zentral sind neben dem Ausbau des nationalen 1186Hitzeschutzplan auch Hitzeaktionspläne in allen Kommunen.

1187Mit dem Cannabisgesetz haben wir Bürgerrechte sowie den Schutz von Gesundheit, 1188 Jugend und Verbraucher\*innen in der Drogenpolitik in den Mittelpunkt gestellt. 1189Unsere Drogenpolitik setzt auf Vernunft und Hilfe statt auf Kriminalisierung. 1190Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den tatsächlichen 1191gesundheitlichen und gesellschaftlichen Risiken orientieren. An dem Ziel des 1192Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften halten wir weiter fest und 1193setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene dafür ein, auch um damit 1194den Schwarzmarkt und die Organisierte Kriminalität weiter einzudämmen. Die 1195Bekämpfung der Drogenkriminalität muss sich auf den organisierten Handel und die 1196dahinterstehenden Strukturen der organisierten Kriminalität fokussieren, dafür 1197werden wir die Kriminalpolizei und den Zoll entsprechend stärken. Gleichzeitig 1198wollen wir die Angebote für Prävention, Therapie und den Gesundheitsschutz auch 1199bei legalen Suchtmitteln ausbauen und Menschen unterstützen, damit sie gar nicht 1200erst abhängig werden oder ihnen besser geholfen werden kann, wenn sie suchtkrank 1201sind. Hierzu wollen wir prüfen, wie sich insbesondere in der Suchtberatung 1202bundesweit ein Mindestangebot sicherstellen lässt. Dazu gehört auch die 1203aufsuchende Sozialarbeit, Substanzanalysen, Aufklärungsmaßnahmen, Substitutions-1204und Diamorphinprogramme. Die wissenschaftliche Forschung wollen wir fördern. Den 1205gesundheitsschädlichen Einfluss von Glücksspiel und süchtig machenden digitalen 1206Angeboten insbesondere auf Kinder und Jugendliche möchten wir stärker in den 1207Blick nehmen und wirksame Maßnahmen dagegen ergreifen.

1209Wir wollen die wissenschaftliche Forschung zu Wirkstoffen weiter fördern, mit 1210denen Depressionen, Epilepsie oder anderen neurologischen Erkrankungen behandelt 1211werden können und dafür auch Genehmigungsverfahren bei Bedarf vereinfachen.

## 1212Für eine zukunftsfeste und würdige Rente

1213Die Sicherheit ihrer Altersvorsorge ist für viele Menschen gerade in
1214Krisenzeiten ein entscheidender Stabilitätsanker. Die Menschen in diesem Land
1215sollen sich auf gute Renten und ihre Altersvorsorge verlassen können. Das gilt
1216heute und morgen, für aktuelle und zukünftige Generationen, also auch und erst
1217recht für diejenigen, die jetzt in ihre Rentenkasse einzahlen. Die Grundlage
1218dafür bildet das paritätisch finanzierte Umlagesystem der Rentenversicherung,
1219welches ein auskömmliches Einkommen im Alter sichern soll. Gleichzeitig stehen
1220unsere Sozialversicherungssysteme durch die demografische Entwicklung,
1221insbesondere durch die bevorstehende Verrentung der geburtenstarke Jahrgänge,
1222vor großen Herausforderungen. Wir werden die Kosten des demografischen Wandels

1223gerecht über die Generationen und nach Vermögen und Leistungsfähigkeit
1224verteilen. Langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen
1225im Alter eine auskömmliche Rente erwarten. Das gilt auch für künftige
1226Rentner\*innen. Daher werden wir das gesetzliche Rentenniveau bei mindestens 48
1227Prozent halten und nachhaltig stabilisieren. Auch Menschen mit geringem
1228Einkommen unterstützen wir dabei, auskömmliche Rentenansprüche zu erwerben und
1229so Altersarmut zu vermeiden. Die Grundrente werden wir zu einer Garantierente
1230nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen als
1231bisher einbezieht und finanziell besserstellt.

1232

1233Um zu einer gerechten und auskömmlichen Alterssicherung für alle zu kommen, 1234benötigen wir einen breiten partizipativen Prozess, beispielsweise einen 1235Bürger\*innenrat oder eine Rentenkommission. Denn es braucht eine Neubegründung 1236des gesellschaftlichen Konsenses zur Stabilität der gesetzlichen 1237Rentenversicherung als größtes und wichtigstes System der sozialen Sicherung.

1238Das beste Mittel für eine verlässliche Altersvorsorge und einen möglichst
1239geringen Rentenbeitragssatz sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in
1240die Rente einzahlen. Deshalb fördern wir sozialversicherungspflichtige
1241Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen
1242durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, gute Rahmenbedingungen für eine
1243bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Familie und Sorgearbeit, sowie ein
1244einfacheres Rückkehrrecht in Vollzeit. Durch qualifizierte Zuwanderung und
1245Integration in den Arbeitsmarkt stärken wir unsere Wirtschaftskraft und steigern
1246die Beitragszahlungen in die Rente. Und wir schaffen Anreize, um ältere
1247Beschäftigte gesünder und länger im Erwerbsleben zu halten. Dafür investieren
1248wir auch in Präventions- und Rehamaßnahmen und ermöglichen flexible Übergänge in
1249die Altersrente. Um die Renten zu stärken, werden wir auch erneut den
1250Mindestlohn anheben und prekäre Beschäftigung, insbesondere Minijobs, abbauen.

1251Um das Alterssicherungssystem gerechter und zukunftsfest zu machen, wollen wir 1252die gesetzliche Rente schrittweise zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln. 1253Dafür sollen auch Abgeordnete in die gesetzliche Rente einzahlen und auch nicht 1254anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen 1255einbeziehen. Auch Beamt\*innen sollen perspektivisch, unter Beibehaltung des 1256Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einbezogen werden.

1257Wir halten an der Rente mit 67 fest. Aber wir schaffen Anreize und machen es den 1258Menschen leichter, länger zu arbeiten, wenn sie dies wollen, auch über die 1259Regelaltersgrenze hinaus. Wir schaffen daher einen flexibleren Übergang in 1260Altersteilzeit und Vorteile, damit sich die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug 1261noch mehr lohnt. Dafür werden wir den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und 1262Rentenversicherung an die Arbeitnehmer\*innen auszahlen, falls sie sich gegen 1263freiwillige Beiträge in die Rentenversicherung entscheiden.

1264Wir schaffen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende 1265Kapitaldeckung – und zwar ausschließlich mittels Darlehen aus dem Bundeshaushalt 1266und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund. Eine Kapitalanlage aus 1267Rentenbeitragsmitteln schließen wir dagegen dauerhaft aus. Wir führen einen 1268öffentlich verwalteten Bürger\*innenfonds ein, der neben sozialen Kriterien auch 1269Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt und sich am 1,5-Grad-Ziel des Pariser 1270Klimaabkommens ausrichtet. Dies stellen wir durch umfassende parlamentarische 1271Kontrolle sicher. Der Bürger\*innenfonds soll solide und professionell geführt 1272werden und in die Realwirtschaft investierten.. Die aus den staatlichen Einlagen 1273resultierenden Erträge werden auch zur Finanzierung der Garantierente beitragen, 1274was insbesondere Frauen und Menschen in den ostdeutschen Bundesländern 1275unterstützt.

1276Darüber hinaus wollen wir, dass mehr Menschen als bisher von einer privaten 1277Altersvorsorge profitieren. Auch hierfür greifen wir auf den Bürger\*innenfonds 1278zurück, der kostengünstig die Vorteile des Kapitalmarktes erschließt. Neben der 1279 Verwaltung der staatlichen Einlagen sollen in dem Fonds auch Bürger\*innen Geld 1280 für ihre individuelle Altersvorsorge anlegen können. Sie sollen die Möglichkeit 1281erhalten, zu sehr geringen Kosten in den öffentlich verwalteten 1282Bürger\*innenfonds zu investieren und ihre Erträge zur individuellen und 1283freiwilligen Vorsorge zu verwenden. Alternativ dazu können sie auch andere 1284private Angebote wie ETF-Sparpläne nutzen. Dafür werden wir die Freibeträge für 1285Kleinsparer\*innen erhöhen, sie dynamisch an die Inflation anpassen und die 1286öffentliche Zulagenförderung auf niedrige und mittlere Einkommen fokussieren. 1287Wer nicht teilnehmen möchte, kann widersprechen. Den Bürger\*innenfonds öffnen 1288wir als fairen und transparenten Weg auch für die betriebliche Altersversorgung, 1289damit noch mehr Beschäftigte, insbesondere von kleinen und mittleren 1290Unternehmen, von Betriebsrenten profitieren. Auch weitere Kapitalsammelstellen 1291sollen den Bürger\*innenfonds zur Geldanlage zur Altersvorsorge nutzen dürfen. 1292Generell wollen wir mehr Anreize schaffen, um weitere kostengünstige und 1293ertragreiche Alternativen für die private Altersvorsorge zu schaffen.

1294Menschen, die lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, aber aus 1295gesundheitlichen Gründen nicht länger arbeiten können, verdienen unsere 1296solidarische Unterstützung. Deshalb wollen wir die Erwerbsminderungsrente 1297verbessern. Für besonders langjährig Versicherte wollen wir die sogenannte Rente 1298mit 63 beibehalten, welche insbesondere denjenigen zugutekommt, die nach 1299jahrzehntelanger, anspruchsvoller und körperlicher Arbeit ihre Belastungsgrenze 1300erreicht haben.

#### 1301Für verlässliche soziale Sicherung

1302In herausfordernden Zeiten braucht es einen starken und verlässlichen
1303Sozialstaat. Denn jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein
1304würdevolles Leben. Deswegen haben wir Hartz IV überwunden und mit der Einführung
1305des Bürgergeldes einen wichtigen Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit
1306gemacht. Das Bürgergeld soll vor Armut schützen, in dem es ein sozio-kulturelles
1307Existenzminimum gewährleistet und die Teilhabe an unserer Gesellschaft
1308ermöglicht. Wir lassen nicht zu, dass der Regelsatz darunter sinkt. Deshalb
1309passen wir das Bürgergeld regelmäßig an, damit das sozio-kulturelle
1310Existenzminimum immer garantiert ist. Die Leistungen werden wir perspektivisch
1311individualisieren. Statt arbeitslose und arbeitende Menschen gegeneinander

1312auszuspielen, unterstützen wir die Menschen, fördern gesellschaftliche Teilhabe 1313und sorgen gleichzeitig für gute und auskömmliche Arbeit. Denn unser Ziel ist 1314es, dass Menschen, die arbeiten, immer mehr im Geldbeutel haben. Zu einer 1315verlässlichen sozialen Sicherung gehört für uns daher auch, ein angemessener 1316Mindestlohn und prekäre Beschäftigung abzubauen. So stärken wir Menschen in 1317Zeiten des Wandels, geben Halt und Sicherheit und eröffnen Perspektiven für ein 1318selbstbestimmtes Leben.

1319

1320Es gibt Gründe, warum Menschen auf Bürgergeld angewiesen sind. Viele von ihnen 1321arbeiten, müssen aber mit Bürgergeld aufstocken, weil ihr Lohn nicht zum Leben 1322reicht. Andere machen Aus- oder Weiterbildungen, betreuen kleine Kinder, pflegen 1323Angehörige und können daher dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die 1324Menschen, die tatsächlich arbeitslos sind, fehlt es häufig an einer Ausbildung 1325 oder haben persönliche Schicksalsschläge erlitten. Mit dem Bürgergeld haben wir 1326bereits wichtige Instrumente geschaffen und zentral war für uns die Abschaffung 1327des Vermittlungsvorrangs. Damit liegt der Fokus auf Qualifizierung, 1328Weiterbildung und Maßnahmen, mit der eine nachhaltige Vermittlung in 1329Erwerbstätigkeit gefördert wird. Es gibt individuelles Coaching, 1330Arbeitsgelegenheiten und geförderte Beschäftigung durch den sozialen 1331Arbeitsmarkt. Diese Angebote der Jobcenter wollen wir weiterentwickeln. Einen 1332Fokus legen wir zudem auf die Gesundheit der Erwerbslosen und insbesondere auf 1333professionelle psycho-soziale Unterstützung.

1334Ein starker Sozialstaat traut den Menschen etwas zu, setzt auf Anreize und 1335Unterstützung, baut auf ihr Engagement, eröffnet neue Chancen und Perspektiven 1336und gibt ihnen damit die Möglichkeit, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu 1337führen.

1338Wir verbessern die Anreize zur Aufnahme von Arbeit, schaffen in Zusammenarbeit 1339mit Arbeitgebern und Kammern Maßnahmen, um Menschen wieder zurück an den 1340Arbeitsmarkt heranzuführen. Wenn Menschen trotz Arbeit auf zusätzliche 1341Unterstützung angewiesen sind, soll es sich für sie noch mehr als bisher lohnen, 1342ihren Stundenumfang zu erhöhen.

1343

1344Damit sich die Menschen in unserem Sozialstaat zurechtfinden und ihn wieder als 1345gerecht empfinden, muss er einfacher, unbürokratischer und transparenter werden. 1346Die Leistungen sollen so pauschal wie möglich und so individuell wie nötig sein. 1347Wer mehr arbeitet, hat am Ende auch mehr auf dem Konto. Niemand muss kompliziert 1348beantragen, was einfach und nach klaren Regeln und Kriterien direkt ausgezahlt 1349werden kann. Diese Reform erfordert einen breiten partizipativen Prozess.

1350Zu den staatlichen Sozialversicherungssystemen sollen alle Zugang haben – 1351unabhängig davon, ob sie selbstständig oder abhängig beschäftigt arbeiten. Für 1352Selbstständige vereinfachen wir daher den Zugang zur freiwilligen 1353Arbeitslosenversicherung.